

Arbeitspapier

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Nr. 165/2006

Jürgen Löwe (ext.)

Die Verantwortung der Ordnungspolitik

Der Wandel der Sozialen Marktwirtschaft in der Zeit
und Ansätze zu Ihrer Revitalisierung

Berlin/Sankt Augustin, Dezember 2006

ISBN 3-939826-24-3

ISBN 978-3-939826-24-8

Ansprechpartnerin: Dr. Andrea Schneider
Leiterin der Arbeitsgruppe Wirtschaftspolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
Tel: 0 30 / 2 69 96 35 16
E-Mail: andrea.schneider@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Inhalt

Vorwort	3
Zusammenfassung	6
1. Grundlagen bundesdeutscher Ordnungspolitik	7
1.1 Das ursprüngliche Konzept der Sozialen Marktwirtschaft	7
1.2 Die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland	9
2. Die politische Umsetzung von Konzepten der Sozialen Marktwirtschaft seit 1949	11
2.1 Die Regierungen unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard (1949 bis 1966)	11
2.2 Die große Koalition unter Kurt Georg Kiesinger (1966 bis 1969)	16
2.3 Die Regierungen unter Willy Brandt und Helmut Schmidt (1969 bis 1982)	18
2.4 Die Regierung unter Helmut Kohl (1982 bis 1998)	24
2.5 Die Regierung unter Gerhard Schröder (1998 bis 2005)	29
2.6 Die Chance einer ordnungspolitischen Neupositionierung	33
3. Schlussfolgerungen	36
3.1 Etappen auf dem Weg der Degeneration der Sozialen Marktwirtschaft	36
3.2 Zu den Ursachen der Fehlentwicklungen	38
3.3 Folgerungen für die zukünftige Politik	42
Literaturverzeichnis	45
Der Autor	47

„Was an der Struktur unserer Wirtschaft und Gesellschaft nagt, sind chronisch schleichende und daher besonders heimtückische Krankheitsprozesse, deren Ursachen schwer aufzudecken sind, deren eigentliche Natur dem oberflächlichen und gedankenlosen Betrachter verborgen bleibt und deren unmittelbare Vorteile für einzelne und Gruppen verführerisch sind, während ihre verhängnisvollen Folgen sich nur langsam auf viele Menschen verteilt bemerkbar machen.“

Wilhelm Röpke
Jenseits von Angebot und Nachfrage (1958, S. 210)

Vorwort

„Deutschland ist sich selber untreu geworden. Wir vernachlässigen schon lange das Erfolgsrezept, das der Bundesrepublik Deutschland nach dem Krieg Zuversicht und Wohlstand, Stabilität und Ansehen gebracht hat. Es gab Zeiten, da sprach noch niemand von Globalisierung, aber der VW Käfer lief in aller Welt – und lief und lief und lief. Damals galt in der Bundesrepublik eine Ordnung, die Leistung ermutigte und sozialen Fortschritt brachte. Diese Ordnung ist im Niedergang, weil immer neue Eingriffe sie schleichend zersetzt haben, selbst wenn sie gut gemeint waren.“¹

Mit diesen einführenden Worten lenkte Bundespräsident Horst Köhler in einer vielbeachteten Grundsatzrede Anfang 2005 die Aufmerksamkeit auf den Zustand der „Ordnung der Freiheit“ in Deutschland. Mit grundsätzlichen Worten und praktischen Beispielen malte er das Bild einer seit Jahrzehnten an Klarheit und Profil verlierenden Sozialen Marktwirtschaft. Ebenso grundsätzlich und konkret sind aber auch Horst Köhlers Vorschläge zu ihrer Revitalisierung. Denn aus seinen Ausführungen wird deutlich: Die Soziale Marktwirtschaft steht nicht zur Disposition. Sie ist heute noch – auch angesichts globaler Konkurrenz, Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung, Massenarbeitslosigkeit und überlasteter sozialer Sicherungssysteme – eine der Zeit und dem Menschen gemäße Wirtschafts- und Sozialordnung.

Als ein „der Ausgestaltung harrender progressiver Stilgedanke“ (Alfred Müller-Armack) ist sie auf ständige Veränderung und Anpassung an neue Herausforderungen angelegt. Denn: das ordnungspolitische Problem stellt sich in jeder historischen Situation neu. Diese Anpassungsleistung zu erbringen, die immer gültigen Prinzipien auf die je aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation anzuwenden, ist Aufgabe politischer Entscheidungsträger, sie liegt in der Verantwortung der Ordnungspolitik. Nicht nur Horst Köhler beklagt, dass der hierfür nötige „ordnungspolitische Kompass“ in der Vergangenheit phasenweise verloren ging oder nicht erkennbar war.

Die vorliegende Studie analysiert, wie im Laufe der vergangenen 60 Jahre unter den verschiedenen Regierungen durch konkrete Wirtschaftsordnungspolitik das ursprüngliche Konzept der Sozialen Marktwirtschaft phasenweise verlassen wurde:

1 Horst Köhler, Die Ordnung der Freiheit, Rede beim Arbeitgeberforum „Wirtschaft und Gesellschaft“ am 15. März 2005 in Berlin.

Globalsteuerung und Interventionismus, der Ausbau des Wohlfahrtsstaates und staatlicher Aufgabenfelder, prozesspolitischer Aktionismus statt konsistenter Ordnungspolitik sind die Ursachen für viele strukturelle Probleme der Gegenwart. Die Studie bleibt daher bei der historischen Analyse nicht stehen, sondern zeigt Ansätze zur Neujustierung der Wirtschaftsordnungspolitik.

„Ordnen heißt in Freiheit ordnen“, lautete das von Leonhard Miksch formulierte Prinzip, das für Walter Eucken und andere Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft konstitutiv war. Dieses Prinzip sieht keinen Gegensatz zwischen Freiheit und Ordnung, sondern erkennt, dass sie sich gegenseitig bedingen und dass Freiheit die Voraussetzung ist für Sicherheit und Gerechtigkeit. Die Sicherheit der Menschen kann durch eine freiheitliche Ordnung besser gewährleistet werden als durch staatliche Steuerung:

„Ich glaube daran, dass die meisten Menschen ihr Glück nach ihren eigenen Vorstellungen machen wollen. Dieser Wille ist gut. Er braucht Freiheit, damit er sich entfalten kann. Und indem er sich entfaltet, bindet er sich auch. Er braucht eine Ordnung, die diese Verantwortung für sich und andere fördert und belohnt. Diese Ordnung der Freiheit sollte uns leiten. Das verlangt eine Rückbesinnung auf Ordnungspolitik. Die Ordnung der Freiheit bedeutet: Die Bürger beauftragen den Staat, die Spielregeln zu setzen. Aber das Spiel machen die Bürger.“²

Ein Blick auf die Grundlagen unserer Ordnung und die Erfahrungen der Vergangenheit verdeutlicht: Nur durch eine stringente Ordnungspolitik bei gleichzeitiger Konzentration des Staates auf wesentliche Aufgaben und auf Basis des Vertrauens in private Initiative und Verantwortungsbewusstsein können die aktuellen Herausforderungen bewältigt und das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft wieder hergestellt werden. Die Antwort auf die aktuellen Herausforderungen liegt auf ordnungspolitischer Ebene in einer Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft als freiheitlicher Ordnung. Eine konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft ist ein Erfolg versprechender Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung, sozialem Fortschritt und Teilhabe.

2 Ebd.

Bundespräsident Köhler schloss mit der positiven Botschaft: „Wir haben das Zeug dazu, die Ordnung der Freiheit gemeinsam wieder aufzubauen. Wir schaffen es, wenn jeder mitmacht.“ Wir hoffen mit der vorliegenden Studie einen Beitrag dazu zu leisten, dass jeder mitmacht.

Dr. Andrea Schneider

Zusammenfassung

Die Soziale Marktwirtschaft ermöglicht seit 1948 durch die Gewährleistung von Freiheit, Wettbewerb und sozialem Ausgleich die Entfaltung der wirtschaftlichen Potenziale und in der Folge den von Erhard angestrebten „Wohlstand für alle“. Dem unerwartet schnellen Aufstieg Deutschlands zu einer international wettbewerbsfähigen Industrienation folgte nach wechselvollen Jahren der Abstieg, der in die heutige Krise führte. Verantwortlich hierfür ist, dass die Ordnungspolitik bereits seit den 60er Jahren partiell und in den 70er Jahren grundlegend vom ursprünglichen Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft abwich und sich diese Fehlentwicklungen – trotz zeitweiser Rückkehr zu einer angebotsorientierten Politik in den 80er Jahren – bis in die Gegenwart fortsetzten.

Die vorliegende Studie befasst sich mit ordnungspolitisch relevanten Maßnahmen der bisherigen Bundesregierungen, um Umbrüche und Defizite herauszuarbeiten, und versucht, die zugrunde liegenden Ursachen dieser Entwicklungen zu benennen. Hierbei wird insbesondere deutlich, in welcher Hinsicht der Einfluss des Staates auf den Wirtschaftsprozess und auf die Verteilung des erwirtschafteten (und zukünftigen) Sozialproduktes zugenommen hat. Den wachsenden Begehrlichkeiten verschiedenster Interessengruppen entsprach der Staat durch Zahlung von Transfers und Gewährung von Privilegien. Die resultierende „Ordnungspolitik“ war in sich nicht mehr konsistent und mangels einer klaren Ausrichtung wenig Vertrauen erweckend, sie war eher Prozess- denn Ordnungspolitik.

Mit den infolge politischer Weichenstellungen steigenden Kosten und verminderten Leistungsanreizen verschlechterten sich zunehmend die Rahmenbedingungen wirtschaftlicher Aktivität. Dies erwies sich als umso problematischer, als gleichzeitig die Integration der deutschen Wirtschaft in den EU-Binnenmarkt und in die Weltwirtschaft fortschritt und deutlich wurde, dass Deutschland als Produktionsstandort in vielen Bereichen nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Die aus der Wachstumsschwäche resultierenden Probleme wurden überwiegend nicht gelöst, sondern – infolge einer kreditfinanzierten Symptombehandlung – in die Zukunft verlagert. Nun fallen die Folgen ordnungspolitischer Fehlentscheidungen auf uns zurück.

Die aktuellen Herausforderungen sind – wie Angela Merkel anlässlich des Dortmunder Parteitages der CDU im August 2005 feststellte – zwar nicht in ihrer Art, wohl aber in ihren Dimensionen mit jenen des Jahres 1949 vergleichbar. Die Überwindung

der Krise erfordert eine Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft in ihrer ursprünglichen Bedeutung. Eine konsequent aus dieser ordnungspolitischen Konzeption abgeleitete Politik hat sich nicht nur in der Nachkriegszeit bewährt, sondern würde auch die im Prozess der Globalisierung entscheidende Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland verbessern. Eine konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft ist damit ein Erfolg versprechender Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung und zugleich eine Gratwanderung zwischen den Abwegen des „laissez faire“ und des Sozialismus.

1. Grundlagen bundesdeutscher Ordnungspolitik

1.1 Das ursprüngliche Konzept der Sozialen Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine ordnungspolitische Konzeption, „deren Ziel es ist, auf Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden“³ – so Alfred Müller-Armack. Das Ziel besteht somit, in den Worten Ludwig Erhards, in einer Synthese des Prinzips „der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs und der sittlichen Verantwortung jedes Einzelnen dem Ganzen gegenüber“⁴ als Grundlage einer humanen Gesellschaft und wirtschaftlichen Erfolges.

Von grundlegender Bedeutung ist zunächst die Gewährleistung von individueller **Freiheit**. Sie entspricht der personalen Würde des Menschen und ist erforderlich, damit sich sein freier Wille und seine schöpferischen Kräfte entfalten können. Aufgrund einer weitgehenden Freiheit von staatlicher Bevormundung und der Freiheit zu selbstbestimmter Initiative sollen Entscheidungen – dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend – wo möglich vom einzelnen Menschen getroffen werden können. Im Bereich der Wirtschaft zählt ein freier Wettbewerb auf den Märkten zu den Voraussetzungen von Wachstum und Wohlstand. Nur wenn hierdurch die materiellen Grundlagen des Lebens gesichert werden können und der Mensch von diesbezüglichen Sor-

3 Müller-Armack, Alfred: Soziale Marktwirtschaft, 1956, S. 390

4 Erhard, Ludwig: Wirtschaft und Bildung. In: Hohmann, Karl (Hrsg.): Ludwig Erhard, 1988, S. 515

gen und Abhängigkeiten vom Staat entbunden ist, kann sich Erhard zufolge die Freiheit entfalten.⁵

Der unabdingbare freie Wettbewerb entspricht keineswegs einem „freien Spiel der Kräfte“. Eine sich am Prinzip des „laissez faire“ orientierende Politik führt in der Regel zu rechtswidrigen Kartellen sowie zu Fusionen, Übernahmen und einer Verdrängung von Wettbewerbern vom Markt und bewirkt damit eine fortschreitende Verringerung oder Beschränkung des Wettbewerbs. Infolge einer solchen Entwicklung vermindert sich die Freiheit, und es entstehen Neben- und Folgewirkungen, die gesellschaftlich unerwünscht sind und nicht im volkswirtschaftlichen Interesse liegen. Daher waren die geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft, wie die ordoliberalen Ökonomen Walter Eucken, Wilhelm Röpke und Alfred Müller-Armack, der Überzeugung, dass es rechtlich verbindlicher Regeln bedarf, um die Ausübung individueller Freiheit mit den Interessen anderer und des Gemeinwesens nachhaltig in Einklang zu bringen. Die Sicherung von Freiheit und Wettbewerb erfordert somit einen **Ordnungsrahmen**. Gleichzeitig muss sich der Staat auf die Vorgabe dieses Rahmens und auf marktkonforme Maßnahmen beschränken und damit auf Reglementierungen und prozesspolitische Interventionen verzichten, die die Freiheit und den Wettbewerb vermindern.

Ein so gewährleisteter Wettbewerb ermöglicht die Entfaltung wirtschaftlicher Potenziale: er bringt neue und bessere Güter hervor und steigert die Effizienz und den Output der Produktion. Eine funktionierende Wettbewerbswirtschaft ist Voraussetzung für wachsenden Wohlstand und die Belohnung der Leistung des Einzelnen. Da die Menschen über unterschiedliche Möglichkeiten verfügen, sich im Leistungswettbewerb zu bewähren, wird das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des **sozialen Ausgleichs** verbunden.

Insbesondere Ludwig Erhard wies jedoch nachdrücklich darauf hin, dass sozialpolitische Maßnahmen weder den Wettbewerb einschränken, noch zu einer Verminderung von Leistungsanreizen und privater Initiative führen dürfen. Für Erhard bestand hier kein Zielkonflikt, da die Erwirtschaftung von Gütern und Dienstleistungen die Voraussetzung für deren Verteilung ist. „*Wohlstand für alle*‘ und *‘Wohlstand durch Wettbewerb’ gehören untrennbar zusammen*; das erste Postulat kennzeichnet das

5 Vgl. Erhard, Ludwig: Grundsatzrede, gehalten am 31. Mai 1954 in Antwerpen; zit. in: Wünsche, Horst Friedrich: Freiheitliche Ordnungspolitik statt Kapitalismuskritik. In: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.): Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Nr. 104, Juni 2005, S. 6

Ziel, das zweite den Weg, der zu diesem Ziel führt“⁶. Da die **Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft eine Grundlage des sozialen Fortschritts** bildet, hat der Staat die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich wirtschaftliche Aktivitäten bestmöglich entfalten können.

Da die Soziale Marktwirtschaft auf einem liberalen und zugleich christlichen Menschenbild beruht, ist auch die sich im Wirtschaftsprozess entfaltende Freiheit untrennbar mit einer **Verantwortung** verbunden, sowohl dem Not leidenden Menschen als auch der Gesellschaft gegenüber. Der Bestand des **Gemeinwesens** einschließlich der Volkswirtschaft ist für die selbstbestimmte Entfaltung des Einzelnen von grundlegender Bedeutung. Entsprechend war für Erhard eine „Atomisierung der Volkswirtschaft in Gruppeninteressen [...] nicht zu dulden“, weil sich „aus dem Widerstreit der Interessen [...] keine fruchtbare Synthese ableiten lässt.“⁷ Als Wirtschaftsminister war sein Blick auf die Entwicklung des Ganzen, d. h. der Volkswirtschaft, gerichtet.

1.2 Die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland

Das Grundgesetz umfasst keine Wirtschaftsverfassung. Im Vorfeld der Beratungen des Parlamentarischen Rates konnten Konrad Adenauer und Ludwig Erhard das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft zwar innerhalb der CDU und CSU durchsetzen, doch in der verfassungsgebenden Versammlung fand diese Wirtschaftsordnung nicht die Zustimmung der 27 Vertreter der SPD. Diese forderten seinerzeit im Rahmen eines marxistisch geprägten Sozialismus die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise und eine planmäßige Wirtschaftslenkung. Damit lagen die Zielsetzungen von Union und SPD so weit auseinander, dass ein Konsens nicht möglich war.

Das Grundgesetz normiert daher „nicht konkrete verfassungsrechtliche Grundsätze der Gestaltung des Wirtschaftslebens. Es überläßt dessen Ordnung vielmehr dem Gesetzgeber, der hierüber innerhalb der ihm durch das Grundgesetz gezogenen Grenzen frei zu entscheiden hat, ohne dazu einer weiteren als seiner allgemeinen demokratischen Legitimation zu bedürfen“⁸. Die von der Verfassung vorgegebenen Grenzen bestehen einerseits in den individuellen Grundrechten, wie dem Recht auf

6 Erhard, Ludwig: Wohlstand für Alle, 1957, S. 9, vgl. S. 256ff.

7 Erhard, Ludwig: a. a. O., S.136

8 Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 1.3.1979 (BVerfG 50, 290)

freie Entfaltung der Persönlichkeit, der Berufsfreiheit, der Koalitionsfreiheit und der Gewährleistung von Privateigentum, die eine sozialistische Planwirtschaft ausschließen. Andererseits ist auch eine freie Marktwirtschaft im Sinne eines „laissez faire“ mit dem Grundgesetz unvereinbar, da hier die Sozialbindung des Eigentums und der Sozialstaat verankert sind.

Zwischen den beiden vom Grundgesetz ausgeschlossenen Extremen verbleibt der Politik ein weitgehender Gestaltungsspielraum. Da die Wirtschaftsordnung in den Jahren seit 1949 durch die verschiedenen Bundesregierungen auf Gesetzesebene ausgestaltet wurde, hat sie sich maßgeblich verändert. Wenngleich sich dahingehend ein Konsens entwickelte, dass es sich bei dem Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland um eine Soziale Marktwirtschaft handelt, gab und gibt es in den verschiedenen politischen Lagern sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber, was hierunter zu verstehen ist.

Rechtlich als Wirtschaftsordnung verankert wurde der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft erstmals in Artikel 1 (3) des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Mai 1990, ohne jedoch hinreichend konkretisiert worden zu sein. Wesentlichen Einfluss auf die inhaltliche Ausgestaltung der deutschen Wirtschaftsordnung haben die Bestimmungen der Europäischen Verträge. In den Grundsätzen des EG-Vertrages und unter Artikel 98 [ex-Art. 102a] ist festgelegt, dass die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft bzw. die Europäische Union „im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ handeln. Auch wenn in Artikel I-3 des Verfassungsvertragsentwurfs festgelegt ist, dass die Union „auf eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft“ hinwirken soll, so ist festzustellen, dass die Bestimmungen des EU-Rechtes eine Liberalisierung der Wirtschaftsordnung begünstigen.⁹

Dieser Entwicklung steht eine zunehmende Beschränkung wirtschaftlichen Handelns durch Verordnungen und Richtlinien der EU-Kommission und durch den deutschen

9 Der Prozess der Liberalisierung vollzieht sich in jenem Maße, wie Eingriffe des Staates in das Marktgeschehen vermindert werden. In Anwendung des EU-Rechtes wird dieser Prozess zunächst dadurch gefördert, dass die angestrebte Verwirklichung des Binnenmarktes einen Abbau von Handelshemmnissen erfordert. Aus dem im EG-Vertrag verankerten Verbot wettbewerbsverzerrender Maßnahmen resultiert zudem, dass grundsätzlich keinerlei staatliche Beihilfen an Unternehmen oder Branchen gewährt werden dürfen. Insbesondere in Bereichen, wo früher das nationale Recht den öffentlichen Unternehmen faktisch eine Monopolstellung einräumte, erfolgte auf Initiative der EU eine Liberalisierung. Damit wurden beispielsweise im Telekommunikationsbereich die Voraussetzungen für die Entstehung eines Wettbewerbsmarktes geschaffen.

Gesetzgeber gegenüber. Durch die Regulierung von Märkten, durch staatliche Auflagen und langwierige Genehmigungsverfahren sowie eine zu hohe Steuer- und Abgabenlast haben sich die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens zunehmend verschlechtert. Da eine ordnungspolitische Wende die Kenntnis der Ursachen der Fehlentwicklung voraussetzt, wird im Folgenden die Politik der deutschen Bundesregierungen seit 1949 näher betrachtet.

2. Die politische Umsetzung von Konzepten der Sozialen Marktwirtschaft seit 1949

Den ihnen vom Grundgesetz überlassenen Gestaltungsspielraum nutzten die einzelnen Bundesregierungen sehr unterschiedlich. Indem die Väter des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft zwischen 1949 und 1966 die Regierungspolitik bestimmten, kam es erst in späteren Jahren zu einem weltanschaulich bedingten und damit grundlegenden Wandel in der Ordnungspolitik. Im Verlauf der Zeit veränderten sich neben den Positionen der die Politik beratenden Wirtschaftswissenschaft insbesondere auch die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung nationaler Ordnungspolitik. Aus diesen und weiteren Einflüssen – aber auch aus systemimmanenten Fehlsteuerungen – resultiert der im folgenden geschilderte Wandel – bis hin zu Umbrüchen – in der Ordnungspolitik, mit dem sich auch das Verständnis von „Sozialer Marktwirtschaft“ entsprechend veränderte.

2.1 Die Regierungen unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard (1949 bis 1966)

Die wirtschaftliche **Ausgangslage** nach 1945 war katastrophal: Produktionsanlagen und Infrastruktur waren weitgehend zerstört, viele Menschen waren gezeichnet durch die Leiden in Krieg und Gefangenschaft und hatten durch Luftangriffe oder Vertreibung „Haus und Hof“ verloren. Es herrschte Not, Verzweiflung und Resignation. Durch Eigenproduktion und Naturaltausch auf „schwarzen“ Märkten versuchten die Menschen zu überleben.

Bei der Organisation des Wirtschaftslebens und beim Wiederaufbau ließen sich die Alliierten zunächst von der Idee der Wirtschaftslenkung leiten. Auch in der Bevölkerung waren die Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre lebendig und führten zu einem Misstrauen gegenüber einer rein marktwirtschaftlichen Ord-

nung. „Planvolles Wirtschaften und Lenkung der Wirtschaft waren die Losungen der Zeit. [...] Der Sozialismus war zur Massensehnsucht geworden.“¹⁰ In der SPD wurden marxistische Thesen diskutiert und sogar in der CDU gab es Stimmen, die eine Sozialisierung von Teilbereichen der Wirtschaft (Grundstoffindustrie) forderten, was am 3. Februar 1947 im Ahlener Programm seinen Niederschlag fand.

Es war eine Minderheit von Ökonomen und Politikern, die sich dem Zeitgeist widersetzen und in Anbetracht der Untauglichkeit planwirtschaftlicher Ordnungen für einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus – d. h. für eine marktwirtschaftliche Ordnung neuer Prägung – focht. Bereits im Oktober 1945 hielt Alfred Müller-Armack den Befürwortern der Wirtschaftslenkung entgegen, „nicht die Zerstörung des Produktionsapparates, sondern das Versagen der Wirtschaftslenkung sei der primäre Grund für die wirtschaftliche Misere und das Ausbleiben zügiger Wiederaufbauanstrengungen.“¹¹ Der Wirtschaftslenkung setzte Müller-Armack die durch ihn begrifflich und inhaltlich geprägte Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft entgegen.

Alfred Müller-Armack entwickelte „seine Konzeption unter Rückgriff auf Ansätze, die schon bei Alexander Rüstow [*Freie Wirtschaft - starker Staat*, 1933] zu finden sind. Gleichzeitig gehen in seine Überlegungen Arbeiten der Freiburger Kreise [Walter Eucken, Adolf Lampe, Constantin von Dietze] [...], die Arbeiten von Emigranten, unter ihnen vor allem Röpke [*Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart*, 1943], die Misessche Interventionismuskritik (1929), aber auch Hayeks *Der Weg zur Knechtschaft* (1945) ein. Allen Autoren gemeinsam ist die Überzeugung, dass eine Reformulierung der Grundsätze der Marktwirtschaft notwendig sei, und sie stimmen ferner darin überein, daß eine marktwirtschaftlich orientierte Politik – verglichen mit ihren ordnungspolitischen Konkurrenten – die geeignetere Alternative sei, um Not und Kriegszerstörung zu überwinden.“¹²

Die **politische Umsetzung** dieser Konzeption begann damit, dass eine Mehrheit „im Frankfurter Wirtschaftsrat, der im Februar 1947 auf Anordnung der amerikanischen und britischen Militärregierung geschaffen worden war, gegen die Stimmen der SPD die Verantwortung auf sich genommen [hatte], die bis dahin betriebene Wirtschafts-

10 Wünsche, Horst Friedrich: Die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und ihr Verfall in den sechziger und siebziger Jahren. In: Schlecht, Otto; Stoltenberg, Gerhard (Hrsg.): Soziale Marktwirtschaft, 2001, S. 66 und 67

11 Müller-Armack, Alfred: Zur Frage der vordringlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen (15. Oktober 1945). Sinngemäß wiedergegeben in: Watrin, Christian: Alfred Müller-Armack, 1999, S. 58

12 Watrin, Christian: Alfred Müller-Armack, 1999, S. 63

politik auf die so genannte ‚soziale Marktwirtschaft‘ radikal umzustellen.“¹³ Am 20. Juni 1948 folgte die Verkündung der Währungs- und Wirtschaftsreform durch Ludwig Erhard, seinerzeit Direktor der Verwaltung für Wirtschaft in der amerikanisch und britisch besetzten Zone Deutschlands. Erhard verwies auf die Tragweite der eingeleiteten Maßnahmen: „Mit der wirtschaftspolitischen Wendung von der Zwangswirtschaft hin zur Marktwirtschaft haben wir [...] unser gesellschaftswirtschaftliches und soziales Leben auf eine neue Grundlage und vor einen neuen Anfang gestellt.“¹⁴

Durch das am 18. Juni 1948 vom Wirtschaftsrat verabschiedete „Gesetz über die Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform“ wurde Erhard ermächtigt, bestehende Bewirtschaftungsvorschriften, die 450 Gesetze und Verordnungen umfassten, aufzuheben. Die Freigabe der Preise für verschiedene Güter führte zunächst zu Inflation, da die durch die Währungsreform entstandene Kaufkraft größer als das seinerzeitige Sozialprodukt war.

Auch wenn es Erhard im zweiten Halbjahr 1948 gelang, die Preisentwicklung zu stabilisieren, stießen seine Reformen auf massiven Widerstand: Am 12. November 1948 riefen die Gewerkschaften in der Bizone zu einem Generalstreik auf. Die SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat verlangte die Abberufung Erhards und im Wahlkampf vor der ersten Bundestagswahl forderte die SPD im Sommer 1949 „die staatliche Planung und Lenkung der Produktion. [...] Groß- und Grundstoffindustrie, Kredit- und Geldinstitute sowie Versicherungen sollten sozialisiert werden.“¹⁵

Mit der **Wahl von Konrad Adenauer zum Bundeskanzler** votierte das deutsche Volk am 14. August 1949 auch für die von CDU/CSU und FDP verfochtene Soziale Marktwirtschaft. Der von Adenauer zum ersten Bundesminister für Wirtschaft ernannte Ludwig Erhard hatte damit eine unmittelbare demokratische Legitimation für seine Ordnungspolitik.

Infolge eines Anstieges der Arbeitslosigkeit auf 1,5 Millionen im Januar 1950 forderten die Alliierten jedoch eine Orientierung der Wirtschaftspolitik an der keynesianischen Theorie¹⁶ und eine Steuerung makroökonomischer Entwicklungen. Erhard

13 Adenauer, Konrad: Erinnerungen (1945 - 1953), 1976, S. 208

14 Erhard, Ludwig, zitiert von: Wünsche, Horst Friedrich: Die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft [...] In: a. a. O., S. 74

15 Schlecht, Otto: Soziale Marktwirtschaft: Politische Umsetzung, Erosion und Handlungsbedarf. In: Hasse, Rolf H. (Hrsg.): Lexikon Soziale Marktwirtschaft, 2002, S. 379

16 Die auf John Maynard Keynes zurückgehende Theorie basiert – im Gegensatz zur neoklassischen und monetaristischen Theorie – auf der Annahme, dass die Wirtschaft inhärent instabil ist und die Marktprozesse allein nicht zu einem makroökonomischen Gleichgewicht führen. Daher kommt dem Staat die Aufgabe zu, unerwünschte Konjunkturschwankungen und Arbeitslosigkeit

blieb konsequent und sprach sich gegen eine Vollbeschäftigungspolitik aus. Stattdessen veranlasste er Maßnahmen zur Förderung der privaten Kapitalbildung und Investitionstätigkeit.

Bereits 1951 führte die „Korea-Krise“ wieder zu einem Anstieg der Preise und zu einer defizitären Handelsbilanz. Auch in dieser Situation forderten die Alliierten staatliche Bewirtschaftungs- und Lenkungsmaßnahmen sowie die Kontrolle von Preisen und Devisen und fanden hierbei Unterstützung durch die SPD. Erhard beugte sich auch diesem Druck nicht und setzte den eingeschlagenen marktwirtschaftlichen Kurs fort.

Nach Überwindung erheblicher Widerstände wurde am 27. Juli 1957 das „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ verabschiedet. Im gleichen Jahr erfolgte die Unterzeichnung des EWG-Vertrages, mit dem wesentliche Grundlagen für eine Wettbewerbsordnung auf europäischer Ebene geschaffen wurden. Mit dem am 28. April 1961 verkündeten Außenwirtschaftsgesetz wurde ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Liberalisierung des internationalen Handels getan.

Erhards Politik der Sozialen Marktwirtschaft, die zunächst den Wettbewerb im Inland ermöglichte und zunehmend auch die internationale Arbeitsteilung förderte, war bald erfolgreicher als viele erwartet hatten. Im Verlauf der 50er Jahre stiegen die Wachstumsraten des BSP und betragen in dieser Dekade durchschnittlich real 8% pro Jahr. Damit ging auch die Arbeitslosigkeit zurück, so dass am Ende des Jahrzehnts Vollbeschäftigung herrschte und Wohlstand in allen Bevölkerungsschichten entstand. „Die enorme Wachstumsdynamik und eine sparsame Haushaltsführung ermöglichten es, den Wiederaufbau der Bundesrepublik und die neuen Sozialgesetze [u. a. die Rentenreform von 1957] ohne eine stärkere öffentliche Verschuldung zu finanzieren. Zugleich wurden bis 1958 die direkten Steuern auf Einkommen und unternehmerische Tätigkeit mehrfach gesenkt.“¹⁷

Otto Schlecht benennt die Ursachen dieses „**Wirtschaftswunders**“: „Die Soziale Marktwirtschaft entfesselte die dynamischen Kräfte der Menschen, weil sie die freie Entfaltung des Einzelnen und den Leistungswettbewerb mit individueller Verantwor-

zu vermeiden, indem er die gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch eine antizyklische Fiskalpolitik beeinflusst und damit lenkend in den Wirtschaftsprozess eingreift.

17 Reuter, Franz-Josef (Hrsg.): Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, 1999, S. 17

tung und staatlicher Rahmenordnung verband; der soziale Ausgleich sicherte Bedürftigen ein menschenwürdiges Leben“¹⁸.

Mit zunehmendem Erfolg der Ordnungs- und Wirtschaftspolitik der Union nahm der Widerstand der SPD gegen die Soziale Marktwirtschaft ab. „Eine der wesentlichen Weichenstellungen des sogenannten Godesberger Programms der SPD von 1959 [...] war die Bereitschaft der Sozialdemokratischen Partei, sich zumindest grundsätzlich die Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft zu eigen zu machen.“¹⁹ Indem sich fortan verschiedene politische Lager als Repräsentanten der Sozialen Marktwirtschaft betrachteten, wurde der Begriff unterschiedlich interpretiert und verschiedene Ziele damit assoziiert.

Unter maßgeblicher Beteiligung des Ökonomen Karl Schiller entwickelte sich Anfang der 60er Jahre eine grundlegende Diskussion über die Prioritäten zukünftiger Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zunehmend gewann die Auffassung an Bedeutung, dass nun eine Phase der wirtschaftlichen Entwicklung begonnen habe, in welcher eine Konjunkturpolitik erforderlich sei und der Staat durch die Sozialpolitik verstärkt auf die Einkommens- und Vermögensverteilung einwirken müsse. Christian Watrin erinnert daran, dass die „Wahlkämpfe schon zum Ausgang der fünfziger Jahre mit sozialpolitischen Versprechen geführt wurden“²⁰, was bereits seinerzeit dazu beitrug, dass ordnungspolitische Weichenstellungen durch kurzfristige politische Interessen mitbestimmt wurden. Erhard trat der zunehmenden Tendenz zu einer „Gefälligkeitsdemokratie“ entgegen und forderte, die Entscheidungen vorrangig am Gemeinwohl zu orientieren.

Am 16. Oktober 1963 wurde **Ludwig Erhard vom Deutschen Bundestag zum Bundeskanzler** gewählt. Auch in diesen Jahren boomte die Wirtschaft, die Einkommen aus unselbständiger Arbeit stiegen von 1963 bis 1966 um insgesamt 40% und es wurden weitere soziale Leistungen eingeführt, die den Bundeshaushalt jährlich mit 5 Mrd. DM belasteten. Erhard erkannte die problematischen Auswirkungen dieser Entwicklung, konnte sie aber weder durch politische Initiativen noch durch öffentliche Maßhalteappelle stoppen. Das sich im Verlauf des Jahres 1966 im Vergleich zu den Vorperioden deutlich abschwächende Wirtschaftswachstum – das BSP wuchs nur

18 Schlecht, Otto: Soziale Marktwirtschaft [...] A. a. O., S. 380

19 Biedenkopf, Kurt H.: Kontinuität und Wandel in vier Jahrzehnten deutscher Wirtschaftspolitik. In: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.): Kontinuität und Wandel [...], 1986, S. 8

20 Watrin, Christian: Alfred Müller-Armack, 1999, S. 76

noch um 2,8% – trug wesentlich dazu bei, dass das Vertrauen in die Erhardsche Wirtschaftspolitik schwand.

Als Erhard „während der Beratungen für den Bundeshaushalt 1967 nachdrücklich dafür eintrat, ein drohendes Haushaltsdefizit in Höhe von knapp zehn Milliarden D-Mark nicht durch höhere Staatsverschuldung, sondern durch Steuererhöhungen zu finanzieren, kam es zum Bruch seiner Koalitionsregierung.“²¹ Die der FDP angehörenden Minister verließen die Koalition. Am 30. November 1966 trat Erhard als Bundeskanzler zurück.

2.2 Die große Koalition unter Kurt Georg Kiesinger (1966 bis 1969)

Am 1. Dezember 1966 wählte eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD Kurt Georg Kiesinger zum Bundeskanzler. Karl Schiller (SPD) wurde neuer Bundesminister für Wirtschaft.

Die neue Regierung war mit gravierenden **volkswirtschaftlichen Problemen** konfrontiert: Der wirtschaftliche Abschwung mündete im Jahr 1967 in eine Rezession, in der sich das BSP um 0,2% verringerte. Zudem führte die fortgesetzte Öffnung der deutschen Volkswirtschaft zu einer zunehmenden Abhängigkeit von weltwirtschaftlichen Entwicklungen und externen Schocks. Aus Sicht der SPD war in dieser Situation eine aktivere Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik geboten, zumal die seinerzeit in den Wirtschaftswissenschaften einflussreiche Lehre von John Maynard Keynes diese Auffassung untermauerte und Lösungen für die volkswirtschaftlichen Probleme anbot.

Der **keynesianischen Lehre** zufolge soll der Staat in Verfolgung des Zieles, konjunkturelle Schwankungen zu vermeiden bzw. zu stabilisieren und wirtschaftliches Wachstum zu sichern, weder in erster Linie auf die – in Abschwungphasen nicht hinreichend wirksame – Geldpolitik vertrauen noch sich auf außenhandelspolitische Maßnahmen konzentrieren, sondern vorrangig unmittelbar die gesamtwirtschaftliche Nachfrage beeinflussen. Dies soll durch eine antizyklische Fiskalpolitik geschehen, in deren Rahmen Steuern und Staatsausgaben so variiert werden, dass hierdurch die Gesamtnachfrage in einer Boomphase sinkt, bzw. in einer rezessiven Phase steigt. Dies bedeutet, dass der Staat beispielsweise in einer Rezession einerseits die Steu-

21 Schlecht, Otto: Soziale Marktwirtschaft [...] A. a. O., S. 381

ern zu senken hätte, um mit den verfügbaren Einkommen die Kaufkraft der privaten Haushalte zu erhöhen, und andererseits durch zusätzliche öffentliche Ausgaben den Nachfrageschub verstärken sollte. Über eine solche Variation von Steuern und Staatsausgaben ist – der Auffassung der Keynesianer zufolge – eine makroökonomische Steuerung möglich.

Die keynesianische Theorie wurde von Karl Schiller – der wie Erhard auch Wirtschaftswissenschaftler war – **politisch umgesetzt**. Unter dem Begriff einer „aufgeklärten Marktwirtschaft“ verband Schiller marktwirtschaftlichen Wettbewerb auf mikroökonomischer Ebene mit staatlicher „**Globalsteuerung**“ – und sogar „Feinsteuerung“ – auf makroökonomischer Ebene. In Verfolgung dieser Zielsetzung wurden einerseits Interventionen des Staates in Marktprozesse gerechtfertigt, andererseits traten die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handels in ihrer Bedeutung hinter den gesamtwirtschaftlichen Zielsetzungen zurück.

Die durch die „Globalsteuerung“ angestrebten makroökonomischen Ziele wurden am 8. Juni 1967 im „**Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft**“ konkretisiert. Bund und Länder werden hier verpflichtet, „bei ihren wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum beitragen“²². Im Fall der Gefährdung eines dieser Ziele „stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele“²³ zur Verfügung. In Anwendung des neuen Instrumentariums gelang es der Bundesregierung, die Rezession des Jahres 1967 zu überwinden, wodurch die keynesianische Theorie bestätigt zu werden schien. Auf Grundlage eines mechanistischen Wirtschaftsverständnisses wurde der Glaube an die politische Steuerbarkeit makroökonomischer Vorgänge gefestigt. Während des Wirtschaftsbooms von 1969/70 trat dann die erste **Ernüchterung** ein, denn es gelang nicht, durch restriktive Maßnahmen die angestrebte Verringerung der Inflation zu bewirken. Otto Schlecht zufolge wurde das keynesianische

22 §1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) vom 8. Juni 1967 (BGBl. I, S. 582)

23 §3 des StWG

Konzept zu einseitig ausgelegt, indem zwar in Rezessionsphasen expansive Maßnahmen ergriffen wurden, aber kein rechtzeitiges „Bremsen“ bei zu starker Expansion der Wirtschaft stattfand.²⁴ Damit wurde nicht nur die Geldwertstabilität gefährdet, sondern auch der Staatssektor zunehmend ausgeweitet.

Mit dieser Politik gingen eine Vernachlässigung der Rahmenbedingungen einer funktions- und leistungsfähigen Marktwirtschaft und damit eine **Abkehr von der Erhard-schen Leitidee der Sozialen Marktwirtschaft** einher. Indem die Politik nun ein „stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum“ anstrebte, musste sie „unstetige wirtschaftspolitische Maßnahmen“ ergreifen. Dieser Interventionismus des Staates war für Erhard nicht nur ein eklatanter Verstoß gegen die Leitidee freiheitlicher Wirtschaftspolitik, sondern auch mit dem Gedanken einer institutionell gesicherten Ordnung unvereinbar.²⁵

2.3 Die Regierungen unter Willy Brandt und Helmut Schmidt (1969 bis 1982)

Nach drei Jahren großer Koalition fehlte der Union nicht nur „eine überzeugende Formel der Abgrenzung und Polarisierung“ im Wahlkampf, sondern auch ein Politiker, „der annähernd über die wirtschaftspolitische Kompetenz und Autorität Erhards verfügte. So wuchs diese Rolle Schiller und damit in den Augen der Öffentlichkeit der SPD zu.“²⁶ Bei den Bundestagswahlen vom 28. September 1969 gewann die SPD 3,4 % hinzu und bildete mit der FDP die sozial-liberale Koalition unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt. Mit dem Ausscheiden von CDU/CSU aus der Regierung und dem Einfluss der 68er-Bewegung auf die Politik der SPD veränderten sich die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziele und Maßnahmen der Regierung.

Das nun für die Politik bestimmende **Verständnis von „Sozialer Marktwirtschaft“ unterschied sich grundlegend von der Erhardschen Konzeption**. Während für Erhard eine gute Wirtschaftspolitik die beste Sozialpolitik war und es ihm folglich darum ging, die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens so zu gestalten, dass aus marktwirtschaftlichen Prozessen ein möglichst hohes Sozialprodukt hervorgeht und so die Voraussetzungen für steigenden Wohlstand geschaffen werden, stand in den

24 Vgl. Schlecht, Otto: Soziale Marktwirtschaft [...] A.a.O, S. 381

25 Vgl. Wünsche, Horst Friedrich: Die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft [...] A.. a. O., S. 109

26 Stoltenberg, Gerhard: Wendepunkte, 1997, S. 187 und 188/89

70er Jahren nicht mehr die Wirtschaftsordnung, sondern die Gesellschafts- bzw. Sozialordnung im Vordergrund. Verteilungsfragen erhielten Vorrang vor der Entstehung des Sozialprodukts.²⁷

Bereits Ende der 60er Jahre wurde damit begonnen, die Sozialpolitik von der Wirtschaftspolitik zu entkoppeln und sie nach spezifischen Gesichtspunkten zu entwickeln.²⁸ In jenem Maße, wie neben den traditionellen verteilungspolitischen Zielen der SPD auch der sozialistische Zeitgeist der 68er-Bewegung an politischer Bedeutung gewann, vollzog sich der Übergang von einem freiheitlichen und zugleich sozialen Gemeinwesen zu einem **Wohlfahrts- bzw. Versorgungsstaat**, der im Ergebnis einem Paradigmenwechsel entsprach.

Ausgehend vom Postulat einer „sozialen Gerechtigkeit“ wurde ein „sozialpolitischer Nachholbedarf“ festgestellt, und zwar nicht nur im Bereich der sozialen Sicherung, sondern auch hinsichtlich der Einkommensverteilung. Das Ziel der Wohlfahrtspolitik bestand folglich nicht nur in der Absicherung so genannter „Lebensrisiken“ (Alter, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit), sondern hierüber hinaus in der Gewährleistung eines gewissen Lebensstandards durch Umverteilung. Entsprechend wurden nach 1969 soziale Leistungen erhöht, weitere Leistungsbereiche und soziale Transfers geschaffen und zusätzliche öffentliche Güter²⁹ bereitgestellt. Finanziert wurde dies nicht nur durch eine weitere Belastung von Leistungsträgern, sondern letztlich auch durch eine Erhöhung der Staatsverschuldung. Dabei wurde in öffentlichen Debatten die Tatsache verdrängt, dass diese Verschuldung zuzüglich der Zinsen von zukünftigen Generationen entweder direkt über eine Erhöhung von Steuern oder eine Verminderung staatlicher Leistungen zurückgezahlt werden muss, oder indirekt, indem der reale Wert der Staatsschuld über Jahre hinweg durch Inflation vermindert wird, was mit einer kontinuierlichen Entwertung des Geldvermögens und damit u. a. der Sparguthaben der Bevölkerung einhergeht.

27 Vgl. Schlecht, Otto: Das Bundesministerium für Wirtschaft und die deutsche Ordnungspolitik der Nachkriegszeit. In: Ordo, Band 48: Soziale Marktwirtschaft, 1997, S. 109, vgl. S. 108

28 Vgl. Wünsche, Horst Friedrich: Die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft [...] A.. a. O., S. 111

29 Hierunter werden Güter verstanden, die - wie beispielsweise öffentliche Gehwege, Straßenlampen oder Dämme - private Bedürfnisse befriedigen, aber von privaten Unternehmen nicht angeboten werden, weil ein solches Gut gleichzeitig für verschiedene Individuen von Nutzen ist und praktisch niemand von der Nutzung ausgeschlossen werden kann. Da ein privater Anbieter folglich kein Entgelt erhalten würde, gibt es für diese Güter keinen Markt. Die erforderlichen oder in einer Gesellschaft bzw. von der Politik erwünschten öffentlichen Güter müssen daher vom Staat bereitgestellt und damit auch finanziert werden.

Wilhelm Röpke warnte bereits 1958 vor einer solchen Entwicklung: „Die Gefahren des Wohlfahrtsstaates sind [...] um so ernster zu nehmen, als in seiner Natur nichts liegt, was ihm selber eine Grenze setzen würde. Er hat vielmehr die entgegengesetzte und überaus kräftige *Tendenz zur immer weiteren Ausdehnung*. [...] Diese fortgesetzte Ausdehnung des Wohlfahrtsstaates, der immer weitere Lebensunsicherheiten und Bevölkerungskreise zu erfassen und seine Leistungen, noch mehr aber seine Lasten immer höher zu schrauben neigt, ist deshalb so verhängnisvoll, weil jede Erweiterung leicht und verführerisch, jede Zurücknahme [...] aber schwer und schließlich politisch unmöglich wird.“³⁰ Zunehmend organisierten sich verschiedenste Interessengruppen, um die ihnen vom Staat gewährten Privilegien zu verteidigen und weitere Zuwendungen oder andere Begünstigungen zu erlangen.

Der Staat gewann während der Regierungszeit von Brandt nicht nur an Einfluss auf die Verteilung, sondern veränderte durch interventionistische – und keinesfalls nur marktkonforme – Maßnahmen auch die Allokation, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Mit der **Ausweitung der Staatstätigkeit** ging in den 70er Jahren eine Erhöhung des Personalbestandes im öffentlichen Dienst um annähernd eine Million Arbeitnehmer einher. Die Staatsquote³¹ erhöhte sich während der Regierungszeit der sozial-liberalen Koalition um rund 10%, nämlich von 39,1% im Jahr 1970 auf 49,9% im Jahr 1975 bzw. auf 49% im Jahr 1982.

Mit der Ausweitung staatlicher Aktivitäten nahmen auch die Bürokratie und die Reglementierung unternehmerischen Handelns zu. Die **Produktionskosten** erhöhten sich insbesondere infolge steigender Löhne und Lohnnebenkosten, durch welche die Unternehmen den vom Staat forcierten Ausbau der sozialen Sicherung mitzufinanzieren hatten. Hinzu kamen Verkürzungen der Arbeitszeit (bei vollem Lohnausgleich) und eine Erweiterung der Arbeitnehmerrechte durch die betriebliche Mitbestimmung. Ferner wurde der Arbeitsmarkt, insbesondere durch Kündigungsschutzbestimmungen, zunehmend reguliert.

Mit der Erhöhung der Arbeitskosten ging kein entsprechender Anstieg der Arbeitsproduktivität einher. Bestehende Leistungsanreize verminderten sich sogar infolge des fortschreitenden Ausbaus des Wohlfahrtsstaates. Ludwig Erhard schrieb bereits 1957: Wenn „die Bemühungen der Sozialpolitik darauf abzielen, dem Menschen

30 Röpke, Wilhelm: Jenseits von Angebot und Nachfrage, 1958, S. 222 und 223

31 Die „Staatsquote“ gibt an, wie groß der prozentuale Anteil der Ausgaben von Bund, Ländern und Kommunen sowie der gesetzlichen Sozialsysteme am Bruttoinlandsprodukt ist.

schon von der Stunde seiner Geburt an volle Sicherheit gegen alle Widrigkeiten des Lebens zu gewährleisten [...], dann kann man von solchen Menschen einfach nicht mehr verlangen, daß sie das Maß an Kraft, Leistung, Initiative und anderen besten menschlichen Werten entfalten, das [...] die Voraussetzung einer auf die Initiative der Persönlichkeit begründeten ‚Sozialen Marktwirtschaft‘³² darstellt. „Die ständige Ausweitung der kollektiven Verantwortlichkeit durch und über den Staat [...] beeinträchtigte Anpassung, Effizienz und Dynamik der marktwirtschaftlichen Ordnung.“³³

Die Sozial- bzw. Wohlfahrtspolitik der sozial-liberalen Koalition, insbesondere unter Willy Brandt, hat durch die Störung marktwirtschaftlicher Regelungsmechanismen, die einseitige Konzentration auf die volkswirtschaftliche Nachfrage und Vernachlässigung der Angebotsseite sowie durch die Setzung falscher Anreize die **volkswirtschaftlichen Produktivkräfte erheblich geschwächt**. Die 1973 durch das OPEC-Kartell erhöhten Ölpreise waren folglich nur der Auslöser und nicht die Ursache der **wirtschaftlichen Krise**, die im Rückgang des realen Wachstums des BSP von 4,7% im Jahr 1973 auf 0,0% im Jahr 1974 und in einer Verringerung des BSP um 1,1% im Jahr 1975 ihren Ausdruck fand. Die Arbeitslosigkeit stieg in diesem Zeitraum von 1,2% auf 4,6% an. Die Inflation erreichte 1974 mit 7% ihren Höhepunkt in der Geschichte der Bundesrepublik.

Die Steuerung makroökonomischer Prozesse durch die **antizyklische Fiskalpolitik** führte nicht zu zufrieden stellenden Ergebnissen: In der Stagflation³⁴ von 1974 und der Rezession von 1975 wurde kaum eines der Ziele des „magischen Vierecks“³⁵ erreicht. Die Konjunkturprogramme erhöhten zwar grundsätzlich die Binnennachfrage, so dass von ihnen kurzfristige Wachstumsimpulse ausgingen. Die antizyklische Fiskalpolitik bewirkte aber keine nachhaltige Belebung der Wirtschaft und, da in Boomphasen kaum eine Reduktion der Staatsausgaben und Tilgung der Kredite erfolgte, war mitverantwortlich dafür, dass die Verschuldung des Staates seit Mitte der 70er Jahre stark anstieg und die Stabilität des Geldwertes gefährdet wurde.

32 Erhard, Ludwig: Wohlstand für Alle, 1957, S. 257

33 Schlecht, Otto: Das Bundesministerium für Wirtschaft und die deutsche Ordnungspolitik der Nachkriegszeit. A. a. O., S. 108

34 Als „Stagflation“ wird eine Situation bezeichnet, in der das Wirtschaftswachstum stagniert, d. h. kaum zunimmt oder zurückgeht, und gleichzeitig das Preisniveau so ansteigt, dass von Inflation gesprochen wird.

35 Das magische Viereck umfasst die vom Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 vorgegebenen vier gesamtwirtschaftlichen Ziele der Politik: Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie angemessenes und stetiges Wachstum. Als „magisch“ wird dieses Viereck bezeichnet, weil infolge von Zielkonflikten kaum alle Ziele gleichzeitig erreicht werden können.

Helmut Schmidt, der Karl Schiller im Juli 1972 im Amt des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen folgte und nach dem Rücktritt von Willy Brandt am 16. Mai 1974 zum Bundeskanzler gewählt wurde, war sich seit Mitte der 70er Jahre der Notwendigkeit einer Kurskorrektur bewusst. Er betonte, „die Marktwirtschaft sei besser imstande, die wirtschaftlichen Aufgaben zu lösen, als jedes andere System [...] Die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe habe zentrale Bedeutung für arbeitsplatzschaffende und -sichernde Investitionen. Die überhöhten Zuwächse in den Haushalten müssten zurückgeführt werden. Mehr Preisstabilität sei ein vorrangiges Ziel.“³⁶ Entsprechend wandte sich Schmidt gegen die „Sozialutopisten“ in der eigenen Partei. Unterstützung fand er insbesondere durch die FDP, die in den Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl vom 3. Oktober 1976 präzise Festlegungen auf eine marktwirtschaftliche und mehr angebotsorientierte Politik forderte.

Auch wenn einzelne Schritte in diese Richtung getan wurden, fand unter der Regierung Schmidt **keine ordnungspolitische Wende** statt. Zu groß waren die Widerstände (des linken Flügels) der SPD und der Gewerkschaften, welche in einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden (bei vollem Lohnausgleich) und in einer Erhöhung der Staatsausgaben geeignete Mittel zur Reduktion der Arbeitslosigkeit sahen und den Konsolidierungskurs der öffentlichen Hand kritisierten. 1978 wurde die Finanzpolitik auch wieder expansiver: Am 28. Juli legte die Bundesregierung ein neues Programm „zur Stärkung der Nachfrage und zur Verbesserung des Wirtschaftswachstums“ vor.

Infolge der 1980 beginnenden Wirtschaftskrise (das Wachstum des BSP betrug nur noch 0,9% nach 4,1% im Vorjahr und fiel 1981 auf 0,0% und 1982 auf -1,1%) und hoher Defizite des Bundeshaushaltes begann sich zunehmend die Einsicht zu verbreiten, dass der **Wohlfahrtsstaat nicht mehr finanzierbar sei**.³⁷ Die FDP forderte im Mai 1982 einen grundlegenden Umbau des Sozialstaates und im September 1982 formulierte Bundeswirtschaftsminister **Otto Graf Lambsdorff** in einem an den Bundeskanzler gerichteten Konzept „klare Grundsätze einer marktwirtschaftlichen Erneuerung. Die politische Brisanz steckte in den konkreten Vorschlägen für erheblich verbesserte Investitionsbedingungen der Betriebe“. Vorgesehen waren ferner „die Senkung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, nachhaltige Einschnitte in soziale Leistungen und ein Umbau des Sozialsystems. Dies führte zu einer nicht

36 Schmidt, Helmut, in der Interpretation von: Stoltenberg, Gerhard: Wendepunkte, 1997, S. 241

unerwarteten scharfen Kritik der SPD und des DGB.³⁸ Die Positionen schienen so unvereinbar, dass die sozial-liberale Koalition zerbrach und Helmut Schmidt für eine erneute Kandidatur nicht mehr zur Verfügung stand.

Rückblickend auf die Regierungszeit der sozial-liberalen Koalition veranlassen vor allem die Konjunktur- und die Wohlfahrtspolitik zu der Feststellung, dass die Politik nicht primär an einem markt- bzw. wettbewerbswirtschaftlichen Leitbild ausgerichtet war und elementare **Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft aufgegeben** worden waren.³⁹ Stattdessen orientierte sich die Politik vorrangig am gesellschaftspolitischen Ideal einer vermutlich durch mehr Umverteilung und Staatsintervention zu erzeugenden sozialen Gerechtigkeit. Hierin bestand ein grundlegender Umbruch in der bundesdeutschen Ordnungspolitik der Nachkriegszeit.

In jenem Maße, wie sich die Globalsteuerung als untauglich erwies, **fehlte zudem in der makroökonomischen Politik ein konsistentes Gesamtkonzept.** „Die Wirtschafts- und die Finanzpolitik mußten ihre längerfristigen Zielsetzungen und Orientierungen aufgeben. Sie wurden zunehmend durch einen auf tagespolitische Erfordernisse pragmatisch reagierenden Interventionismus ergänzt bzw. ersetzt.“⁴⁰ Aus einem solchen „wirtschaftspolitischen Punktualismus“ resultierte eine in sich widersprüchliche Politik, in deren Folge die Wachstumspotenziale der Volkswirtschaft nicht ausgeschöpft werden konnten und die Arbeitslosenquote bis auf 7,2% im Jahr 1982 anstieg.

Parallel zu diesen Entwicklungen und des offenkundig werdenden Scheiterns einer keynesianischen Politik begann der wirtschaftstheoretische und -politische Ansatz des **Monetarismus** an Bedeutung zu gewinnen, welcher prozesspolitische Eingriffe des Staates grundsätzlich ablehnt und dessen Aufgaben primär in der Geldpolitik und in der Gewährleistung flexibler Wechselkurse sieht. Die Deutsche Bundesbank orientierte sich bereits in der zweiten Hälfte der 70er Jahre zunehmend an der monetaristischen Theorie. Ihre geldwertorientierte Politik trug dazu bei, dass die Inflationsraten seit 1976 deutlich sanken und nur zwischen 1979 und 1981 infolge finanzpolitischer Maßnahmen vorübergehend wieder anstiegen.

37 Der Spiegel veröffentlichte 1980 (u. a. in Nr.38) eine Serie unter dem Titel „Die fetten Jahre sind vorbei“. Vgl. auch: Stoltenberg, Gerhard: Wendepunkte, 1997, S. 271

38 Stoltenberg, Gerhard: Wendepunkte, 1997, S. 272

39 Vgl. Schlecht, Otto: Soziale Marktwirtschaft: A. a. O., S. 381

40 Wünsche, Horst Friedrich: Die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft [...] A. a. O., S. 62

2.4 Die Regierung unter Helmut Kohl (1982 bis 1998)

Als Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 vom Deutschen Bundestag zum Bundeskanzler gewählt wurde, befand sich Deutschland in einer Rezession. Die seinerzeitige Entwicklung führte dazu, dass sich 1982 nicht nur das BSP um 1,1% verringerte und die Arbeitslosigkeit auf 7,2% angestiegen war, sondern auch keine guten Voraussetzungen für zukünftiges Wachstum bestanden: Die Inflation lag bei 5,2% und die Anlageinvestitionen waren um 5,3% zurückgegangen. Die Staatsquote lag bei rund 49% und die Verschuldung des Bundes⁴¹ hatte sich von 58,9 Mrd. DM im Jahr 1969 auf 313,7 Mrd. DM im Jahr 1982 erhöht.

In der Union und zunehmend auch in der FDP hatte sich die Auffassung durchgesetzt, dass die Krise aus politischen Fehlentscheidungen resultierte und nur durch eine grundlegende Neuausrichtung der Ordnungspolitik zu überwinden war. Entsprechend kündigte Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 eine **Rückkehr zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft** an und forderte plakativ: „Weg von mehr Staat, hin zu mehr Markt; weg von kollektiven Lasten, hin zur persönlichen Leistung; weg von verkrusteten Strukturen, hin zu mehr Beweglichkeit, Eigeninitiative und verstärkter Wettbewerbsfähigkeit“⁴².

Diese ordnungspolitische Wende bestand in einem Übergang von einer vorrangig nachfrageorientierten Politik zu der von Kohl explizit vertretenen **Angebotspolitik**. Primäres Ziel einer solchen Politik ist es, die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens so zu gestalten, dass hierdurch die Produktion der (am Markt angebotenen) Güter und Dienstleistungen gefördert wird. Je besser sich die unternehmerische Initiative entfalten kann, je mehr Leistung und Risikobereitschaft gewürdigt und belohnt werden und je größer das Vertrauen in die Stabilität der Rahmenbedingungen ist, desto mehr nimmt die Unternehmertätigkeit zu und desto mehr wird investiert. Zu den Voraussetzungen für Investitionen zählt auch eine stabilitätsorientierte (**monetaristische**) Geldpolitik der Bundesbank.

Während Arbeitslosigkeit aus keynesianischer Sicht die Folge einer zu geringen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ist, weshalb diese durch staatliche Konjunkturprogramme erhöht werden soll, sind Angebotspolitiker der Auffassung, dass die Arbeits-

41 Einschließlich „Sondervermögen des Bundes“, Quelle: Statistisches Bundesamt

42 Kohl, Helmut, zitiert von: Hübing, Bernd: Rückbesinnung auf die Leitgedanken der Sozialen Marktwirtschaft in den achtziger und neunziger Jahren. In: Schlecht, Otto; Stoltenberg, Gerhard (Hrsg.): Soziale Marktwirtschaft, 2001, S. 116

losigkeit zunimmt, wenn die Kosten der Arbeit steigen. Folglich rückten für die Regierung Kohl die „**mikroökonomischen Grundlagen der Marktwirtschaft** [...] in das Zentrum der Politik. Damit erhielten politische Ansätze, die das Wachstum fördern und Beschäftigung schaffen, Priorität gegenüber Umverteilungsbemühungen“⁴³ und prozesspolitischem Interventionismus.

Bei der Auseinandersetzung mit der Frage, inwieweit diese ordnungspolitischen Ziele umgesetzt wurden und welche Erfolge erzielt werden konnten, sind die Zeiträume vor und nach der Wiedervereinigung zu unterscheiden. Die **Ausgangsbedingungen** zu Beginn der ersten Periode (1982 und 1990) waren sehr ungünstig. Zur wirtschaftlichen Rezession kam eine Einschränkung der Handlungsfähigkeit der Regierung durch die übernommenen finanziellen Belastungen infolge der Staatsverschuldung und der personellen Überbesetzung des öffentlichen Sektors. Zudem hatte sich in den 70er Jahren eine Anspruchsmentalität entfaltet, in deren Folge vom Staat vielfältige Leistungen gefordert wurden und die Interessenverbände die gewährten Privilegien nachdrücklich verteidigten.

Auch wenn die Regierung Kohl den – aus ihrem ordnungspolitischen Leitbild resultierenden – Abbau von Subventionen nicht hinreichend vollzog und aus der erkennbaren Notwendigkeit einer Reform des Sozialstaates nicht die gebotenen Konsequenzen zog, so gelang es ihr doch, in den Jahren von 1983 bis 1990 die Staatsquote von 47,7% auf 44,5% zu verringern, die steuerliche Belastung zu reduzieren und Beiträge zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. Die Nettoneuverschuldung des Bundes war in diesem Zeitraum deutlich geringer als in den Vorjahren.

Den Zielsetzungen der angebotsorientierten Politik entsprechend wurden die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens deutlich verbessert. Es wurde damit begonnen, wirtschaftliches Handeln zu deregulieren und Märkte durch **Liberalisierung** und Privatisierungen für den Wettbewerb zu öffnen. **Geldwertstabilität** wurde – vorrangig durch die Bundesbank, aber auch durch die Finanzpolitik – annähernd gewährleistet, indem die Inflation in der Periode von 1983 bis 1990 auf durchschnittlich 1,8% p. a. reduziert wurde. Die Politik der Regierung Kohl hatte gesamthaft zur Folge, dass sich das reale BSP in diesem Zeitraum durchschnittlich um 3,0% p. a. erhöhte. In dieser Periode entstanden rund **drei Millionen neue Arbeitsplätze**. Dass die Arbeitslosigkeit nicht entsprechend zurückging, ist u. a. darauf zurückzuführen, dass sich die

43 Schlecht, Otto: Ordnungspolitik für eine zukunftsfähige Marktwirtschaft, 2001, S. 34

Zahl der Erwerbstätigen, insbesondere infolge von Zuwanderung nach Deutschland, deutlich erhöhte.⁴⁴

Die Fortsetzung dieser wieder stärker marktwirtschaftlichen und auf Haushaltskonsolidierung ausgerichteten Politik wurde erschwert, nachdem am 9. November 1989 die Berliner Mauer fiel und die **Wiedervereinigung Deutschlands** möglich wurde. Die Soziale Marktwirtschaft erwies sich zwar mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaft mehr denn je als überlegene Wirtschaftsordnung, zugleich stand die Bundesrepublik aber vor der gewaltigen Aufgabe, das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR zu transformieren. Grundlage dieses Prozesses bildete der am 18. Mai 1990 zwischen der Bundesrepublik und der DDR geschlossene Staatsvertrag über die am 1. Juli 1990 beginnende Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, mit der auch das in der Bundesrepublik bestehende System der sozialen Sicherung auf die neuen Länder übertragen wurde.

Die neuen Bundesländer waren damit plötzlich auch Teil des Europäischen Binnenmarktes und dem weltwirtschaftlichen Wettbewerb ausgesetzt, obwohl die dort hergestellten Produkte im Westen kaum konkurrenzfähig waren. „Die Produktivität eines Beschäftigten in der Industrie betrug knapp 30, in der Landwirtschaft wenig mehr als 25 Prozent im Vergleich zum Westen.“⁴⁵ Wenngleich sich die Produktivität in den Folgejahren deutlich erhöhte, stiegen die Löhne und Gehälter überproportional an. Die Politik wollte die Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern jenen in den alten Ländern angleichen, obwohl die ökonomischen Voraussetzungen hierfür nicht vorhanden waren. Die Konsequenz bestand nicht nur in einer steigenden Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern und einer entsprechenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung, sondern auch in stark erhöhten staatlichen **Transferleistungen** investiver und konsumtiver Art. Insbesondere für den Aufbau der Infrastruktur im Osten und die Integration der Menschen in die Sozialversicherungssysteme mussten jährlich zwischen 130 und 180 Mrd. DM aufgewandt werden. Die Politik war auf die Wiedervereinigung nicht vorbereitet und hatte die Probleme und Kosten weit unterschätzt. Daher waren in den 90er Jahren Steuererhöhungen (insbesondere durch den Solidaritätszuschlag) und eine erheblich erhöhte Nettoneuverschuldung des Staates unvermeidbar. Die Staatsquote stieg bis 1998 wieder auf 48,8% an.

44 Vgl. Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Markt oder Plan, 1997, S. 200

45 Reuter, Franz-Josef (Hrsg.): Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, 1999, S. 20

Beim Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung in den neuen Bundesländern konnte die Regierung nur äußerst eingeschränkt auf Marktkräfte setzen⁴⁶, da sich diese – wie bereits Ludwig Erhard betonte – erst entwickeln mussten. Hierin kann der maßgebende Grund dafür gesehen werden, dass die 1982 von der Regierung Kohl eingeleitete ordnungspolitische Wende seit 1990 nur noch bedingt fortgeführt wurde. Horst Friedrich Wünsche ist der Auffassung, dass der **anfängliche ordnungspolitische Ansatz** aufgegeben wurde. „Die Politik orientierte sich an einer explizit gegen das nachfrageorientierte Konzept neu entwickelten theoretischen Basis, am Konzept der ‚angebotsorientierten Wirtschaftspolitik‘.“⁴⁷ Diese Politik „versteht sich als Ordnungspolitik, weil sie nicht direkt in den Wirtschaftsprozess eingreift, sondern lediglich Anreize für das erwünschte Verhalten der Wirtschaftsakteure setzt. Sie ist jedoch keine Ordnungspolitik im *Erhardschen* Sinne [, weil sie] nur ökonomisch begründet ist, [während Erhard] [...] dem Wirtschaftshandeln aus übergeordneten Gesichtspunkten heraus einen festen Rahmen setzen“⁴⁸ wollte.

Parallel zur Wiedervereinigung beschleunigte sich in den 90er Jahren die fortschreitende Vernetzung der deutschen Volkswirtschaft mit der Weltwirtschaft. Im Prozess der **Globalisierung** gewann nicht nur der internationale Handel noch mehr an Bedeutung, auch der Wettbewerb um Produktionsstandorte intensivierte sich. Mit der wirtschaftlichen Öffnung der ehemals zur Sowjetunion gehörenden oder durch sie beherrschten Staaten und der Volksrepublik China begannen auch diese Staaten (mit ihren komparativen Vorteilen) zu Wettbewerbern zu werden.

In besonderer Weise intensivierte sich der Wettbewerb in den 90er Jahren innerhalb der Europäischen Union. Die Regierung Kohl unterstützte nicht nur die Erweiterung der EU, sondern auch die Bestrebungen um die Verwirklichung des **EU-Binnenmarktes**. Nachdem 1986 mit Unterzeichnung der „Einheitlichen Europäischen Akte“ die Einführung eines freien Personen-, Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs und die Vollendung des EU-Binnenmarktes vereinbart worden waren, wurden 1992 im Vertragswerk von Maastricht die Weichen für eine Währungsunion gestellt und weitere Schritte zur Verwirklichung eines freien Wettbewerbs auf dem gemeinsamen Markt getan. Infolge der Priorität des EU-Rechtes gegenüber nationalem Recht wurde hiermit auch die deutsche Wirtschaftsordnung – und zwar grund-

46 Vgl. Hübinger, Bernd: Rückbesinnung auf die Leitgedanken der Sozialen Marktwirtschaft [...] A. a. O., S. 149

47 Wünsche, Horst Friedrich: Die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft [...] A. a. O., S. 63

sätzlich im Sinne von Ludwig Erhard – konkretisiert. In Verfolgung ihrer vom Maastrichter Vertrag vorgegebenen Ziele verfügte die EU-Kommission den Abbau von wettbewerbsverzerrenden Regelungen der Mitgliedstaaten und maß der Deregulierung und Liberalisierung von Märkten, unter anderem im Telekommunikations- und Verkehrsbereich, besondere Bedeutung bei.

Für die deutsche Wirtschaft ergaben sich infolge der zunehmenden Öffnung von Märkten und des technischen Fortschritts weit reichende Chancen, sich neue Absatzmärkte zu erschließen und zu günstigen Bedingungen zu produzieren. Gleichzeitig führte die Globalisierung und die Verwirklichung des EU-Binnenmarktes aber auch dazu, dass deutsche Unternehmen nicht nur auf ausländischen, sondern auch auf heimischen Märkten einem verstärkten Wettbewerb ausgesetzt waren. Es wurde offensichtlich, dass der **Standort Deutschland zu teuer** geworden war und viele Branchen auf den globalen Märkten **nicht wettbewerbsfähig** waren. Aus unternehmerischer Sicht konnte dieses Problem in vielen Fällen gelöst werden, indem die Produktion vollständig oder teilweise ins kostengünstigere Ausland verlagert wurde. Für die deutsche Volkswirtschaft ergaben sich hieraus jedoch in den 90er Jahren gravierende Probleme. Im Zeitraum von 1991 bis 1998 betrug das Wachstum des realen BSP durchschnittlich nur noch 1,6% p. a. und die Arbeitslosenquote stieg auf durchschnittlich 8,0% in den alten und 15,2% in den neuen Bundesländern.

Die Politik hatte einen globalen Wettbewerb ermöglicht, ohne durch weit reichende Strukturreformen und Vorbereitung der Bevölkerung die Voraussetzungen für eine hinreichende Wettbewerbsfähigkeit des Standortes „Deutschland“ geschaffen zu haben. Nachdem infolge der Europäischen Währungsunion nationale Kompetenzen an die EU abgetreten worden waren, das einstige geld- und währungspolitische Instrumentarium nicht mehr zur Verfügung stand und die Märkte nicht mehr durch eine Anpassung des Wechselkurses der DM auf die ökonomischen Entwicklungen reagieren konnten, wäre es wichtiger denn je gewesen, durch eine konsequent angebotsorientierte Politik bestehende Standortvorteile aus- und Standortnachteile abzubauen.

Die im Rahmen einer solchen Politik vorrangig erforderliche **Reform des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme** wurde von der Regierung Kohl nur ansatzweise durchgeführt. Anstatt durch einen grundlegenden Umbau der Systeme

und insbesondere durch Anreize zu mehr Eigenvorsorge und Kostensenkungen die Lohnnebenkosten zu reduzieren und die Finanzierbarkeit der Leistungen längerfristig zu gewährleisten, bewirkten die durchgeführten Maßnahmen überwiegend nur eine kurzfristige Konsolidierung. So trug die Rentenreform von 1989 zwar der ungünstigen demographischen Entwicklung erstmals Rechnung, doch allen Beteiligten war klar, dass schon bald weitere Schritte erforderlich sein würden, um einen erneuten Anstieg der Beiträge zu vermeiden.⁴⁹ Umfassendere Reformen wurden von der Mehrheit in der Bevölkerung nicht unterstützt und von den Gewerkschaften und der SPD kritisiert. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre wurden Reformen durch eine wahltaktisch motivierte Blockadepolitik von SPD und Grünen im Bundesrat verhindert oder – wie die Einführung des demographischen Faktors in die Rentenversicherung – von der Regierung Schröder zurückgenommen.

2.5 Die Regierung unter Gerhard Schröder (1998 bis 2005)

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre wurde die Notwendigkeit eines weit reichenden Strukturwandels offensichtlicher, während er gleichzeitig durch die erwähnten Widerstände verhindert wurde. Unzufriedenheit einerseits, Ängste andererseits waren die Folge. In den neuen Bundesländern war zudem nach der Euphorie der Wendezeit mehr als nur Ernüchterung eingetreten, die Arbeitslosigkeit war deutlich gestiegen. In dieser Stimmungslage entstand der Wunsch nach Veränderung, der 1998 zum **Regierungswechsel** führte. Am 27. Oktober 1998 wurde Gerhard Schröder zum Bundeskanzler gewählt.

Schröder versprach, seine Regierung wolle „nicht alles anders, aber vieles besser machen“. Er selbst und eine Minderheit in der SPD vertraten seinerzeit **ordnungspolitische Ziele**, die auf den ersten Blick weitgehend mit jenen der Union übereinstimmten. Bereits im September 1997 wurde ein Thesenpapier des wirtschaftspolitischen Gesprächskreises des niedersächsischen Ministerpräsidenten Schröder unter dem Titel „Mit Mut und neuer Kraft für Innovation und Wachstum in Deutschland“ veröffentlicht und von Schröder und dem Wirtschaftsforum der SPD nicht mehr „vor der Globalisierung gewarnt, sondern Modernisierung, Marktöffnung und mehr Wettbewerb als Voraussetzung für mehr Wachstum eingefordert“⁵⁰. Schröder vertrat sei-

49 Vgl. Hübinger, Bernd: Rückbesinnung auf die Leitgedanken der Sozialen Marktwirtschaft. A. a. O., S. 127

50 Hanke, Thomas: Streben nach Markt und Macht - Gerhard Schröders zwölf Thesen zur Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. In: Die Zeit, 39/1997

ne überwiegend angebotspolitische Konzeption wohl auch deshalb, weil der britische Premierminister Tony Blair mit einer vergleichbaren Politik insbesondere auf dem Arbeitsmarkt beachtliche Erfolge erzielt hatte.

Im Gegensatz zu Blair konnte Schröder in seiner eigenen Partei keine Mehrheit für eine konsequente angebotsorientierte Politik gewinnen. Vorsitzender der SPD war Oskar Lafontaine, der „in der ungebrochenen sozialistischen Tradition des mächtigen linken Flügels der SPD [stand und beanspruchte] [...], den politischen und insbesondere den wirtschaftspolitischen Kurs der Partei zu bestimmen.“⁵¹ Die **Widerstände gegen eine angebotsorientierte Politik** blieben bestehen, als Schröder nach dem Rückzug von Lafontaine am 12. April 1999 zu dessen Nachfolger als SPD-Vorsitzender gewählt worden war. Als im Juni 1999 im „Schröder-Blair-Papier“⁵² faktisch eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft einschließlich einer Stärkung von Eigenverantwortung und Marktlösungen gefordert wurde, liefen „Gewerkschafter und Traditionalisten in der SPD [...] dagegen Sturm und sprachen offen von Verrat an linken Werten und sozialdemokratischen Überzeugungen“⁵³.

Infolge zunehmender Opposition in der eigenen Partei gab Schröder den Parteivorsitz am 21. März 2004 an Franz Müntefering ab, dessen „Kapitalismuskritik“ es auch dem linken Spektrum der SPD ermöglichte, sich wieder mit der Partei zu identifizieren. Jene Kräfte in der SPD, die – wie in den 70er Jahren – vom Primat einer sozialen Gerechtigkeit ausgingen und glaubten, diese dadurch verwirklichen zu können, dass der Staat marktwirtschaftliche Prozesse zunehmend reguliert und über eine nachfrageorientierte Politik steuert, gewannen in jenem Maße an Bedeutung wie die SPD unter Schröders Kanzlerschaft in Landtagswahlen an Stimmen verlor. Nachdem die SPD bei der Wahl in NRW am 22. Mai 2005 rund 5,7% weniger Stimmen als bei der letzten Wahl erhalten hatte und damit sogar in diesem sozialdemokratischen „Stammland“ in die Opposition verwiesen wurde, zog Schröder den Schluss, dass eine Fortsetzung der Regierungsarbeit nicht mehr möglich sei.

Schröder hatte mit seiner teilweise angebotsorientierten Politik nicht nur traditionellen Positionen der SPD zuwider gehandelt, sondern er hatte mit dieser Politik – im Gegensatz zu Blair oder zu Kohl in der Zeit vor der Wiedervereinigung – auch wenig

51 Hübinger, Bernd: Rückbesinnung auf die Leitgedanken der Sozialen Marktwirtschaft [...] A. a. O., S. 177

52 Blair, Tony; Schröder, Gerhard: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair, Juni 1999, Quelle: <http://www.spd.de>

53 Hübinger, Bernd: A. a. O., S. 179

Erfolg und vermochte auch deshalb innerparteiliche Gegner nicht zu überzeugen: Das Wachstum des realen BIP war zwischen 1999 und 2004 mit durchschnittlich 1,3% im internationalen Vergleich relativ niedrig. Entsprechend war die Zahl der Arbeitslosen um 400.000 auf 4,7 Millionen gestiegen, so dass zusammen mit den 1,3 Millionen Menschen, die an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik teilnahmen, rund 6 Millionen Menschen eine reguläre Beschäftigung suchten. Infolge steigender Aufwendungen für soziale Transfers und vor allem aufgrund sinkender Steuereinnahmen erhöhte sich die Verschuldung des Staates entsprechend, so dass das Haushaltsdefizit der Bundesrepublik Deutschland 2005 zum vierten Mal in Folge über 3% des BIP lag und gegen den EU-Stabilitätspakt verstieß.

Der ausbleibende Erfolg verlangt nach einer Erklärung, zumal verschiedene Maßnahmen der Regierung Schröder grundsätzlich dazu geeignet waren, die Position des Standortes Deutschland im globalen Wettbewerb zu verbessern. Zunächst wurden der Eingangs- und Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer in der Zeit zwischen 1999 und 2005 stufenweise um insgesamt rund 11% gesenkt und der Körperschaftsteuersatz ab 2001 auf 25% reduziert. Der zur Gegenfinanzierung dieser Steuerentlastungen unerlässliche Abbau von Privilegien in Form von Steuervergünstigungen und Subventionen erfolgte jedoch kaum.

Eines der Ziele der Regierung Schröder bestand auch in einer Senkung der Lohnnebenkosten. Im Rahmen einer „ökologischen“ Steuerreform wurden die Steuern auf Benzin, Strom und Gas schrittweise erhöht, um mit den hierdurch erzielten Einnahmen zur Finanzierung der Renten beizutragen und die Beiträge zur Rentenversicherung zu senken. Anstatt das System der Rentenversicherung durch eine Reform zukunftsfähig zu machen, wie es durch den von der Union eingeführten und von der rot-grünen Regierung wieder abgeschafften „demographischen Faktor“ geschehen sollte und seit 2005 vom Rentennachhaltigkeitgesetz bezweckt wird, wurde die Rentenversicherung subventioniert. Die angestrebte Reduktion der Lohnneben- und damit der Arbeitskosten fiel eher bescheiden aus. Infolge der gestiegenen Energiekosten wurde der Standort Deutschland durch die „ökologische“ Steuerreform letztlich nicht attraktiver.

Auch durch die 2004 erfolgten Reformen des Arbeitsmarktes und des Gesundheitswesens sollten nicht zuletzt die Lohnnebenkosten reduziert werden. Die in beiden Fällen notwendige Erhöhung von Eigenverantwortlichkeit, Flexibilität, Effizienz und Transparenz hätte grundlegende Reformen erfordert, die Gerhard Schröder, so er sie

denn wollte, in seiner eigenen Partei sowie gegenüber den Gewerkschaften und Verbänden nicht durchzusetzen vermochte. Auch wenn mit Bestimmungen der Teile II und IV der Hartz-Reformen grundsätzlich Schritte in die richtige Richtung erfolgten, so wurden die Ziele nicht erreicht. Ein deutlicher Abbau der Arbeitslosigkeit wird nach wie vor durch eine Überregulierung des Arbeitsmarktes verhindert.

Eine Erklärung dafür, dass die Politik der rot-grünen Regierung nicht zu einer nachhaltigen Belebung der Wirtschaft führte und die Systeme der sozialen Sicherung nicht zukunftsfähig machte, liefert Otto Graf Lambsdorff: „Die ‚moderne Wirtschaftspolitik‘ der Regierung Schröder hat **keine ordnungspolitische Leitlinie**. Sie ist unsystematisch, widersprüchlich, konzeptionslos, punktuell“⁵⁴. Einerseits wird die Globalisierung als Herausforderung gesehen, die durch Modernisierung, Liberalisierung und Wettbewerb bewältigt werden soll, andererseits werden Strukturen erhalten und Belastungen geschaffen, die zu einer Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen und zu einer Verlagerung der Produktion ins Ausland führen. – Einerseits enthält die „Agenda 2010“ angebotsorientierte Maßnahmen, die ein investitionsfreundliches Klima fördern, andererseits werden potenzielle Investoren durch Münteferings Kapitalismuskritik und einen faktischen Primat der sozialen Gerechtigkeit abgeschreckt. – Einerseits zählt der Abbau von Bürokratie zu den Zielen der „Agenda 2010“, andererseits wurden seit 2002 insgesamt 406 neue Gesetze erlassen und 1274 Rechtsverordnungen beschlossen, während im gleichen Zeitraum nur 70 Gesetze und 316 Verordnungen aufgehoben wurden. – Einerseits werden der Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer und die Körperschaftssteuer deutlich gesenkt, andererseits werden eine „Reichensteuer“ und eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer gefordert.

„Marktwirtschaftlich orientierten Reformvorschlägen folgen – bedingt durch Proteste aus den eigenen Reihen, vom politischen Gegner oder von Interessenverbänden – Korrekturen in die entgegen gesetzte Richtung.“⁵⁵ Die ordnungspolitisch relevanten Maßnahmen der Regierung Schröder sind folglich in sich nicht konsistent. Gesamthaft sind sie widersprüchlich und unzureichend, weil sie als Ergebnisse von Verhandlungen mit politischen oder wirtschaftlichen Interessengruppen nur Kompromisse darstellen und die Konsequenzen für mittel- und längerfristige gesamtwirtschaftliche

54 Graf Lambsdorff, Otto: „Es ist nicht gerade die Bilanz eines Siegers“. Kolumne zur Situation der deutschen Wirtschaft. In: Welt am Sonntag, 6. Januar 2002

55 Schlecht, Otto: Soziale Marktwirtschaft. A. a. O., S. 383

Entwicklungen bestenfalls von sekundärer Bedeutung sind. Die fehlende Überzeugung von der Notwendigkeit eines konsequenten ordnungspolitischen Kurses lässt auf ein völlig anderes Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft schließen, als es Ludwig Erhard und den Gründungsvätern zueigen war. Zudem haben Fehler in der **handwerklichen Umsetzung** und erforderliche Nachbesserungen den Erfolg von Reformen und vor allem deren Akzeptanz in der Öffentlichkeit beeinträchtigt.

Gemessen an Schröders ursprünglichem Bekenntnis zu Erhards Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft und an den liberal geprägten Ankündigungen, insbesondere der Agenda 2010, wundert es nicht, dass die rot-grüne Regierungskoalition an **Glaubwürdigkeit verloren** hat.⁵⁶ An die Stelle einer konsistenten Ordnungspolitik ist eine Politik getreten, die angebotsorientiert sein und die Eigeninitiative fördern will, zugleich aber durch staatliche Interventionen und Dirigismus in das wirtschaftliche Geschehen eingreift und eine hinsichtlich Art und Umfang problematische Redistribuition betreibt. Diese Widersprüchlichkeit verunsicherte die wirtschaftlichen Akteure im In- und Ausland und trug dazu bei, dass der Standort Deutschland weniger attraktiv geworden ist.

2.6 Die Chance einer ordnungspolitischen Neupositionierung

Nachdem CDU/CSU bei der Bundestagswahl vom 18. September 2005 trotz insgesamt enttäuschender Resultate die meisten Wählerstimmen und damit einen Regierungsauftrag erhalten haben, kann eine große Koalition unter der Führung von Angela Merkel die Weichen in der Ordnungspolitik neu stellen. Die im Wahlprogramm, in anderen aktuellen Verlautbarungen der Unionsparteien und im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD genannten Maßnahmen bestehen in Reformen und einer angebotsorientierten Politik, die eine **Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft** erwarten lässt.

„Unser Land ist“, so Angela Merkel, „in höchstem Maße leistungsfähig, wenn die Rahmenbedingungen richtig gesetzt werden.“⁵⁷ Mit deren Veränderung können die Position Deutschlands im globalen Wettbewerb mit anderen Standorten verbessert und so die **Chancen im Prozess der Globalisierung** genutzt werden. Insoweit dies

56 Vgl. Hübinger, Bernd: Rückbesinnung auf die Leitgedanken der Sozialen Marktwirtschaft [...] A. a. O., S. 186, vgl. S. 177

57 Merkel, Angela: Bericht der Vorsitzenden zur Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 6. September 2005 (15. WP / 64), S. 2

gelingt, entstehen neue Arbeitsplätze, und mit wachsendem Sozialprodukt sind auch mehr Mittel für soziale Zwecke und für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verfügbar.

Gemäß den Vorstellungen der Union muss die Attraktivität des Standortes Deutschland zunächst durch den **Abbau von Wettbewerbsnachteilen** verbessert werden. Hierzu zählen insbesondere die Senkung der Lohnzusatzkosten, die Verminderung der Belastung durch Bürokratie und Maßnahmen gegen die Überregulierung des Arbeitsmarktes. Hierdurch und durch marktkonforme Anreize, die Arbeitgeber zur Einstellungen veranlassen, soll dazu beigetragen werden, dass insbesondere Empfänger von Arbeitslosengeld II eine Chance auf eine Beschäftigung erhalten und die Arbeitslosigkeit deutlich reduziert wird.

Gleichzeitig soll die **Entfaltung komparativer Vorteile** des Standortes Deutschland gefördert werden, indem die Ausgaben für Bildung sowie Forschung und Entwicklung erhöht werden. Zusätzliche Leistungsanreize sollen durch ein einfacheres und gerechteres Steuersystem geschaffen werden: Vorgesehen ist eine Senkung des Einkommenssteuersatzes auf 12% und des Spitzensteuersatzes auf 39% sowie eine Erhöhung des Grundfreibetrages auf 8000 Euro. Im Gegenzug sollen wettbewerbsverzerrende Steuervergünstigungen und Subventionen abgebaut werden.

Die Regierung Merkel steht zudem vor der Aufgabe, die **sozialen Sicherungssysteme zu sanieren und zu stabilisieren**. So bezweckt die Reform der gesetzlichen **Krankenversicherung** die Gewährleistung einer angemessenen medizinischen Versorgung bei gleichzeitiger Begrenzung der Ausgaben und damit der Lohnnebenkosten. Die hierzu erforderliche Erhöhung der Effizienz im Gesundheitswesen soll durch Maßnahmen bewirkt werden, die ein kostenbewusstes Verhalten fördern und einen Wettbewerb zwischen den Versicherungsgesellschaften und unter den Leistungserbringern ermöglichen.

Auch die Sicherung der zukünftigen Leistungsfähigkeit der **Pflegeversicherung** erfordert eine grundlegende Reform. In Anbetracht der demographischen Entwicklungen ist neben der Ausschöpfung vorhandener Einsparpotenziale der Übergang vom Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren vorgesehen. Obwohl die **Rentenversicherung** vor vergleichbaren Herausforderungen steht, ist ein entsprechender Systemwechsel hier aus verschiedenen Gründen nicht vollziehbar, weshalb ein anderer Reformansatz umgesetzt werden soll. Da eine Erhöhung des Beitragssatzes – und damit der Lohnnebenkosten – nicht in Frage kommt, aber dennoch ein angemessenes

Rentenniveau gewährleistet werden soll, ist ein Abbau der Möglichkeiten der Frühverrentung und eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit ebenso unumgänglich wie eine Stärkung der privaten Eigenvorsorge und der betrieblichen Altersvorsorge.

Sowohl bei den geplanten Maßnahmen zur Revitalisierung der Wirtschaft als auch bei der vorgesehenen Reform des Sozialstaates wird die von Angela Merkel formulierte Zielsetzung, „dass die Menschen in Würde ihr eigenes Leben gestalten können, aus eigener Kraft, mit der solidarischen Hilfe des Gemeinwesens“⁵⁸, berücksichtigt. Das hierbei zugrunde liegende **christliche Menschenbild** begründet die Würde, aber auch die **Freiheit und Verantwortung** eines jeden Einzelnen. Der Mensch – und nicht der Staat – ist für die Union von zentraler Bedeutung. Nur das, was die Möglichkeiten des Einzelnen übersteigt, soll von staatlichen Gebietskörperschaften – dem **Subsidiaritätsprinzip** entsprechend – auf möglichst niedriger Ebene entschieden und organisiert werden. Der Staat darf die Eigeninitiative nicht behindern, sondern sollte sie fördern. Indem sich die schöpferischen Kräfte entfalten und im unverfälschten **Wettbewerb** bewähren können, setzen sich neue und effizientere Lösungen durch, was im Interesse nicht nur des Einzelnen, sondern auch des Gemeinwesens liegt. Der Staat hat – aus Sicht der Unionsparteien – insbesondere die Aufgabe, **Chancengerechtigkeit** und Wettbewerb zu gewährleisten und jenen Menschen, die aus eigener Kraft hierzu nicht in der Lage sind, durch soziale Leistungen ein menschwürdiges Leben zu ermöglichen.

Die im Regierungsprogramm von CDU/CSU⁵⁹ erläuterten Maßnahmen lassen zwar das zugrunde liegende ordnungspolitische Leitbild der Union erkennen. Es wäre jedoch ratsam, eine **ordnungspolitische Konzeption explizit zu formulieren**, um hieraus Maßnahmen abzuleiten und so die Gewähr zu haben, dass diese einerseits konsequente Folgerungen und andererseits in sich konsistent sind. So kann dazu beigetragen werden, dass sich verschiedene Maßnahmen in ihren ordnungspolitischen Konsequenzen nicht widersprechen und negative Auswirkungen auf andere Politikbereiche vermieden werden. Hier kann die Grundsatzprogrammdiskussion einen entscheidenden Beitrag leisten.

Das **ordnungspolitische Leitbild muss inhaltlich hinreichend konkretisiert** werden. Ein Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft ist wenig hilfreich, wenn der Begriff

58 Merkel, Angela: A. a. O., S. 3

59 Bundesvorstand der CDU und Parteivorstand der CSU (Hrsg.): Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum, Arbeit, Sicherheit; Regierungsprogramm 2005 - 2009, Berlin, 11. Juli 2005

nicht hinreichend mit bestimmten Vorstellungen ausgefüllt, geprägt und damit „besetzt“ wird. Der von sozialdemokratischer und sozialistischer Seite suggerierten Identität von Sozialer Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat muss entgegengetreten werden, indem verdeutlicht wird, was Erhard unter Sozialer Marktwirtschaft verstand, weshalb seine an diesem Leitbild orientierte Politik so erfolgreich war, warum davon abweichende Konzepte scheiterten und in die aktuelle Krise führten und inwiefern Erhards ordnungspolitische Überzeugungen wegweisend sind, um die Herausforderungen der Globalisierung zu bewältigen.

3. Schlussfolgerungen

3.1 Etappen auf dem Weg der Degeneration der Sozialen Marktwirtschaft

Die am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ausgerichtete Politik Ludwig Erhards ermöglichte innerhalb weniger Jahre den Wiederaufbau und die Entwicklung Deutschlands zu einer wieder wettbewerbsfähigen Industrienation. Es bleibt offen, ob eine Fortsetzung dieses **Erfolgskurses** hätte gewährleistet werden können, wenn die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Gestalt einer Wirtschaftsverfassung im Grundgesetz unmittelbar verankert worden wären. Indem entsprechende Pläne im Parlamentarischen Rat am Widerstand insbesondere der SPD scheiterten, überlässt das Grundgesetz die Ausgestaltung der Ordnungspolitik weitgehend dem jeweiligen Gesetzgeber.

Die für die heutige Situation ursächliche **Degeneration** der Sozialen Marktwirtschaft begann in jenem Maße fortzuschreiten wie Erhard an Einfluss verlor. „Die Wirklichkeit der Sozialen Marktwirtschaft hat sich seit den sechziger Jahren zunächst allmählich, dann immer weitergehend vom ursprünglichen Anspruch entfernt.“⁶⁰ Der Wettbewerb – für Erhard das „erfolgversprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstands“⁶¹ – wurde zunehmend beeinträchtigt, und zwar nicht nur durch unmittelbare Eingriffe des Staates, sondern auch durch Verminderung von Leistungsanreizen infolge der Umverteilung von Einkommen und der Vergabe von Privilegien.

60 Lenel, Hans Otto; u. a.: Vorwort zu: Ordo, Band 48: Soziale Marktwirtschaft, 1997, S. V

61 Erhard, Ludwig: Wohlstand für Alle, 1957, S. 7

Diese Entwicklung hatte bereits begonnen, als Mitte der 60er Jahre der erste Umbruch in der Ordnungspolitik stattfand. Ging es Erhard vorrangig darum, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich wirtschaftliche Potenziale bestmöglich entfalten können, so begann der Staat nun, mit dem Ziel der **Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage**, unmittelbar in den Wirtschaftsprozess einzugreifen und die Allokation zu beeinflussen. Die von Karl Schiller angestrebte „Globalsteuerung“ makroökonomischer Prozesse, die später sogar zu einer „Feinsteuerung“ werden sollte, erforderte Maßnahmen, die unstetig und daher nicht vorhersehbar waren, was sich ebenso nachteilig auf die private Investitionsbereitschaft auswirkte wie die Gefährdung der Geldwertstabilität infolge eines über Perioden hinweg kreditfinanzierten „deficit spending“⁶².

Der in seinen Auswirkungen bedeutsamste Umbruch fand unter der Regierung Brandt statt, indem das gesellschaftspolitische Ziel einer „sozialen Gerechtigkeit“ primäre Bedeutung erlangte. Während soziale Maßnahmen von Erhard „als ein notwendiges Regulativ angesehen [wurden], um Auswüchse und Fehlentwicklungen ungezügelter Marktkräfte zu verhindern“⁶³ und vorrangig dem Zweck dienten, auch jenen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, die hierzu aus eigener Kraft nicht in der Lage waren, so wurde die Sozialpolitik seit 1969 zu einer weit hierüber hinausgehenden **Umverteilungspolitik** weiterentwickelt. War der durch Erhards Politik ermöglichte „Wohlstand für alle“ erwirtschaftet, so wurden die vom Wohlfahrtsstaat verteilten Leistungen auch durch **steigende Steuern und Lohnnebenkosten** sowie letztlich durch eine **erhöhte Staatsverschuldung** und damit durch eine Umverteilung zu Lasten zukünftiger Generationen finanziert.

Infolge dieser Politik verloren Eigeninitiative und Selbstverantwortung zunehmend an Bedeutung. An ihre Stelle trat eine **Anspruchsmentalität**, verbunden mit der Forderung nach ständig steigenden staatlichen Transfers. Auch innerhalb des Staatswesens wurden immer weitere Ansprüche geschaffen und Privilegien zementiert. Infolge erheblich erweiterter Verpflichtungen bzw. Aufgaben des Staates, insbesondere in den Bereichen der Sozial- und Wirtschaftspolitik, aber auch infolge einer fortschreitenden Regulierung erhöhte sich die **Staatsquote** in der ersten Hälfte der 70er Jahre

62 Unter Deficit Spending versteht man die Situation, dass der Staat sich verschuldet, um durch Aufträge Nachfrage zu generieren, um insbesondere in einer Phase der Rezession die Wirtschaft anzukurbeln. Die in einer Boom-Phase erwirtschafteten Haushaltsüberschüsse sollten idealiter für den Abbau der Schulden verwendet werden.

63 Schlecht, Otto: Soziale Marktwirtschaft [...] A.. a. O., S. 380

um annähernd 10%. „Gemessen am ursprünglichen Entwurf sind es also die staatliche Ordnung und die Sozialordnung, die in vielem über die Jahre hinweg deformiert worden sind.“⁶⁴

Wenngleich die sozial-liberale Koalition unter Helmut Schmidt gewisse Kurskorrekturen einleitete und die Regierung von Helmut Kohl seit 1982 durch eine **angebotsorientierte Politik** die erforderlichen Weichenstellungen vornahm, war die Bundesrepublik Deutschland weder auf die **Wiedervereinigung** noch auf die beschleunigte **Globalisierung** von Handel und Produktion angemessen vorbereitet. Weder war der seinerzeit bereits hoch verschuldete Staat in der Lage, die Kosten der Wiedervereinigung zu finanzieren, noch war der Standort Deutschland infolge der Deformation seiner marktwirtschaftlichen Ordnung hinreichend wettbewerbsfähig. Dies ist umso bemerkenswerter als die deutsche Politik mehrheitlich stets das Ziel der Wiedervereinigung verfolgte und ein besonderes Interesse an der Verwirklichung des EU-Binnenmarktes und an der Liberalisierung des Welthandels hatte.

Angesichts der beschleunigten Globalisierung wäre eine Rückkehr zur Ordnungspolitik Ludwig Erhards dringlicher denn je gewesen. Die Regierung Schröder hat diesbezügliche Ankündigungen, insbesondere infolge innerparteilicher Widerstände, nur ansatzweise und ungenügend konsequent umsetzen können. Sie ließ sich so sehr von divergierenden Interessen leiten, dass **keine in sich konsistente und längerfristig ausgerichtete Ordnungspolitik** resultieren konnte. Nicht nur in fiskalischer Hinsicht betrieb man zunehmend ein kurzfristig ausgerichtetes Krisenmanagement.

3.2 Zu den Ursachen der Fehlentwicklungen

Eine Reform der Strukturen der deutschen Wirtschafts- und Sozialordnung kann nur zu den erwarteten Erfolgen führen, wenn sie weder partiell ist noch sich auf die Behandlung unerwünschter Symptome beschränkt. Die Probleme können nur nachhaltig gelöst werden, wenn wir uns mit ihren Ursachen auseinandersetzen und auf dieser Ebene die notwendigen Veränderungen stattfinden. Wesentlich erscheinende Ursachen der Fehlentwicklungen in der deutschen Ordnungspolitik werden nachstehend thesenartig behandelt.

64 Kloten, Norbert: Vom Wirtschaftswunder zum Reformstau. In: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.): Die deutsche Wirtschaftsordnung 50 Jahre nach dem Leitsatzgesetz, 1999, S. 32

Anfang der 60er Jahre wurde zunehmend deutlich, dass man dem Ziel eines „Wohlstandes für alle“ – gemessen an der Ausgangslage nach 1945 – zwar sehr nahe gekommen war, dennoch aber die **Begehrlichkeiten** eher zunahmen. So wurde nicht nur ein immer weiterer Ausbau der sozialen Sicherungssysteme gefordert, auch die Lohnsteigerungen lagen real über der Zunahme der Produktivität und hatten im internationalen Vergleich ein Niveau erreicht, das die Wettbewerbsfähigkeit gefährdete. Diese Entwicklungen veranlassten Erhard wiederholt, vor den Gefahren einer unbesonnenen Maßlosigkeit des Menschen zu warnen, die er schon Jahre zuvor deutlich erkannt hatte. „Das ist vielmehr das Übel,“ – so Erhard – „dass wir alle die Maße für die eigene Leistung - und das heißt zugleich auch für das Mögliche - verloren haben und darum jenen Einflüsterungen Raum zu geben geneigt sind, die uns in jenen Dämmerzustand versetzen, in dem sich unser Volk der Hybris der Maßlosigkeit des Wünschens und des Forderns nicht mehr erwehren kann.“⁶⁵

Diese deutlichen Worte ergänzt Erhard in der gleichen Rede durch die Feststellung „Jeder denkt nur an sich und keiner an das Ganze!“. Damit wies er darauf hin, dass Gemeinsinn und ein damit in Zusammenhang stehendes Bewusstsein der Verantwortung für das Gemeinwesen zunehmend an Bedeutung verloren hatten und sich eine Individualisierung und **Fokussierung auf den eigenen Vorteil** durchsetzte. In Ausrichtung auf den individuellen Vorteil wird Freiheit ausgeübt ohne die damit verbundene Verantwortung für die Neben- und Folgewirkungen wahrzunehmen. Wie weit reichend die Konsequenzen für das Gemeinwesen sind, lassen aktuelle Probleme erkennen.

Wie weitgehend sich das Interesse des Einzelnen, einen möglichst großen Anteil am Sozialprodukt zu erhalten, realisieren lässt, hängt von den Rahmenbedingungen ab, die aus politischen Prozessen oder auch aus Tarifverhandlungen hervorgehen. Es lag daher nahe, dass sich Menschen mit gleichen Interessen vereinigen und organisieren, um so einen möglichst weitgehenden Einfluss auf diese Entscheidungsprozesse und damit auf die Verteilung ausüben zu können. Um ihre Position in der politischen Auseinandersetzung zu stärken, waren Interessenverbände bestrebt, ihre Argumentation durch zweckdienliche Theorien der ökonomischen Wissenschaft oder durch verbreitete weltanschauliche Positionen zu untermauern.

⁶⁵ Erhard, Ludwig: Maßhalten als wirtschaftliches Gebot, Rede, 1955. Auszugsweise wiedergegeben in einem Beitrag von Bodo Gemper im Deutschlandradio am 7. September 2005

Je mehr sich die Politik seit Anfang der 70er Jahre an den Interessen gesellschaftlicher Gruppen orientierte, desto größer wurde deren Einfluss auf die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen des Wirtschaftens. Infolge des später zunehmenden Widerstreites unterschiedlicher Interessen war der Ordnungsrahmen dann in sich nicht mehr konsistent und wurde immer weniger am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ausgerichtet. Auch vor den Folgen dieser bereits erwähnten „Atomisierung der Volkswirtschaft in **Gruppeninteressen**“ hatte Erhard gewarnt: Indem wirtschaftliche bzw. gesellschaftliche Prozesse für ihn eine Einheit darstellten und daher auch als Gesamtordnung zu gestalten waren, konnte er „nicht zulassen, daß die wachsende Zahl von Sonderinteressen [...] diese Gesamtordnung [...] zerklüften“⁶⁶. Entsprechend forderte Erhard, dass Gruppeninteressen „nicht als Elemente der Wirtschaftspolitik anzuerkennen sind“⁶⁷.

Die infolge zunehmender Berücksichtigung von Gruppeninteressen erfolgte Umverteilung und Gewährung von Privilegien trug zwar zu einer **Ausweitung staatlicher Aktivitäten** bei, ist hierfür aber nicht allein verantwortlich. Beginnend in der großen Koalition und insbesondere seit 1969 führte der Glaube an die Steuerbarkeit wirtschaftlicher und sozialer Prozesse durch den Staat zu einer Erweiterung von dessen Zuständigkeiten, insbesondere in den Bereichen der Konjunktur- und Wohlfahrtspolitik.

Parallel hierzu setzten sich zunehmend Bestrebungen durch, immer weitere Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens detailliert gesetzlich zu regeln. Mag es hierbei auch darum gegangen sein, verbleibende Risiken auszuschließen oder bis in Einzelfälle hinein eine Gerechtigkeitsvorstellung umzusetzen, und mögen viele Regelungen auch von Privaten gefordert bzw. initiiert worden sein, so hat man nicht berücksichtigt, welche Folgekosten viele Rechtsnormen verursachen. Entsprechende Kosten sind nicht nur von der Wirtschaft bzw. von den Konsumenten zu tragen, sondern infolge eines erhöhten Verwaltungsaufwandes auch vom Staat selbst und damit letztlich wieder vom Steuerzahler.

Die enorme Erhöhung allein der Anzahl der Bundesbediensteten in den zurückliegenden Jahrzehnten ist jedoch nicht nur eine Folge erweiterter Zuständigkeiten und komplexerer Gesetzesvorgaben. Infolge eines Interesses der behördlichen Entschei-

66 Biedenkopf, Kurt H.: Kontinuität und Wandel in vier Jahrzehnten deutscher Wirtschaftspolitik. In: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.): Kontinuität und Wandel [...], 1986, S. 11

67 Erhard, Ludwig: Wohlstand für Alle, 1957, S. 136

Träger an einer Sicherung und Erweiterung ihres Zuständigkeitsbereiches ist auch staatlichen Institutionen eine Tendenz zum Wachstum immanent. Diese entfaltet sich insbesondere dann, wenn staatliche Leistungen und staatliches Handeln nicht bewertet werden (können) und ein Vergleich mit den Kosten unterbleibt.

Auch im Ablauf politischer Prozesse liegen Ursachen der Fehlentwicklungen. Hierbei ist zunächst an den politischen Wettbewerb zwischen Parteien und letztlich zwischen Politikern zu denken. Indem sich die Chancen einer Wiederwahl dadurch erhöhen, dass potenziellen Wählergruppen bestimmte Privilegien gewährt oder versprochen werden, besteht eine **systemimmanente Tendenz zur Ausweitung von Sozialleistungen bzw. Subventionen**. Wer keine diesbezüglichen Zusagen gibt oder sogar auf die Notwendigkeit einer Reduktion staatlicher Transfers verweist, der wird – wie die Bundestagswahl des Jahres 2005 verdeutlichte – von den Wählern empfindlich abgestraft.

Der für Politiker bestehende Anreiz zur Erhöhung staatlicher Ausgaben ist insbesondere dann problematisch, wenn die Finanzierung letztlich über eine **Erhöhung der Staatsverschuldung** erfolgt.⁶⁸ In diesem Fall wird verteilt, was nicht erwirtschaftet wurde, womit in Kauf genommen wird, dass zukünftige Generationen für die resultierenden Verbindlichkeiten aufzukommen haben. Infolge der Erhöhung der Kreditsumme durch die im Zeitverlauf anwachsenden Zinsbelastungen ist der in der Zukunft zu leistende Konsumverzicht größer, als der den Wählern in der Gegenwart gewährte Vorteil. Wie die aktuelle Situation verdeutlicht, reduziert sich infolge einer über Jahrzehnte erhöhten Gesamtverschuldung zudem der finanzielle Handlungsspielraum des Staates zunehmend, indem die Zinsbelastungen exponentiell ansteigen, der Nettoneuverschuldung jedoch durch den EU-Stabilitätspakt zumindest noch gewisse Grenzen gesetzt sind.

Die vorstehende Auseinandersetzung mit der Frage, aus welchen Gründen sich der Ordnungsrahmen seit den 60er Jahren grundlegend verändert hat, lässt zunächst erkennen, dass sich maßgebende „Einstellungen“ in der Gesellschaft weitgehend gewandelt haben: Das ursprüngliche Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft und Erhards zugrunde liegende Überzeugungen waren immer weniger für den Zeitgeist und

68 Der Artikel 115 GG, demzufolge die Einnahmen aus Krediten die Summe der Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten dürfen, verhindert eine kreditäre Finanzierung staatlicher Transfers nur bedingt, indem er eine Nettoneuverschuldung in Höhe des Investitionsvolumens ermöglicht und zudem eine hierüber hinausgehende Kreditaufnahme gestattet, wenn diese der Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts dient.

die Politik bestimmend. Stattdessen nahmen die von verschiedensten Seiten an den Staat gestellten Ansprüche zu, während sich gleichzeitig der Einfluss des Staates auf mikroökonomische Prozesse vergrößerte. Mit steigenden Kosten und Risiken verlor der Standort Deutschland an Attraktivität. Folglich sind die heutigen Probleme nicht Ausdruck einer Krise der Sozialen Marktwirtschaft, sondern die Folge eines Degenerationsprozesses, mit dem eine zunehmende Entfremdung von den Inhalten des einstigen ordnungspolitischen Leitbildes einherging.

3.3 Folgerungen für die zukünftige Politik

Eine Überwindung der aktuellen Krise setzt eine Rückbesinnung auf die ordnungspolitische Konzeption von Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard voraus. Für eine Orientierung an diesem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft spricht keineswegs nur die Tatsache, dass sich eine entsprechende Politik in den Jahren nach 1948 bewährt hat, indem sie die Voraussetzungen für einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung schuf. Insbesondere in der heutigen Zeit, in der sich die Globalisierung des Wettbewerbs zunehmend durchsetzt, sind Rahmenbedingungen, die eine Entfaltung wirtschaftlicher Potenziale ermöglichen und die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland verbessern, von entscheidender Bedeutung. Folglich ist Otto Schlecht zuzustimmen, wenn er schreibt, dass eine erfolgreiche Gestaltung der Zukunft eine **Revitalisierung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft** voraussetzt.⁶⁹

Indem wir uns vergegenwärtigen, welche Einflüsse für die Degeneration der Sozialen Marktwirtschaft seit den 60er Jahren mitverantwortlich gewesen sind, wird deutlich, dass eine Korrektur dieser Fehlentwicklungen nicht allein durch geeignete ordnungspolitische Maßnahmen bewerkstelligt werden kann, sondern mit **Veränderungen im mentalen Bereich**, mit einem Umdenken der Menschen einhergehen muss. Wenn gleich grundlegende Einstellungen und resultierende Verhaltensweisen kurzfristig nicht variabel sind, können Menschen doch durch öffentliche Persönlichkeiten, durch Argumente und eine erfolgreiche Politik überzeugt werden und zu einer Einstellung gelangen, die eine freie Entfaltung ihrer Person und ihrer Mitmenschen ebenso ermöglicht wie eine nachhaltige Sicherung des Gemeinwesens.

69 Vgl. Schlecht, Otto: Das Bundesministerium für Wirtschaft und die deutsche Ordnungspolitik der Nachkriegszeit. A. a. O., S. 111

In wirtschaftlicher Hinsicht sollten die Ziele einer solchen Umorientierung einerseits die Stärkung der **Leistungsbereitschaft und Verantwortlichkeit des Einzelnen** und andererseits die Verbreitung eines **Gemeinsinns** umfassen, welcher eine Grundlage der Zukunftsfähigkeit einer freiheitlichen Gesellschaft bildet. Die Verfolgung beider Ziele wird erforderlich sein, um die Zuständigkeiten des Staates auf jene ordnungspolitischen und sozialen Aufgaben zu reduzieren, die zukünftig noch finanzierbar sein werden. Die unumgängliche Reduktion der Leistungen des Staates erfordert Verzicht und vermehrte Anstrengungen, aber auch Solidarität mit den Mitmenschen und bürgergesellschaftliches Engagement. Hierin liegt auch die große Chance, dass christliche und humanistische Werte im zwischenmenschlichen Leben wieder stärker an Bedeutung gewinnen.

Die angedeuteten mentalen Veränderungen müssen für den Zeitgeist bestimmend werden, damit die zur Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft erforderlichen Reformen von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert und nicht durch die Wahl von Reformgegnern verhindert werden. Einen wesentlichen Beitrag hierzu kann die Politik leisten, indem sie sich dem **Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft** verpflichtet und verdeutlicht, dass nur eine entsprechende Politik die Voraussetzungen dafür zu schaffen vermag, dass der Standort Deutschland im Prozess der Globalisierung erfolgreich bestehen kann. Dies setzt voraus, dass die Politik bereit ist, für ihr ordnungspolitisches Leitbild permanent zu werben und die Grenzen ordnungspolitischer Kompromisse erkennt, benennt und einhält.

Primäres Ziel einer am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft orientierten Ordnungspolitik muss es sein, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Fähigkeit und Initiative zu wirtschaftlicher Leistung gefördert wird und sich bestmöglich entfalten kann. Weil Deutschland ein Teil der Weltwirtschaft ist, müssen zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Standortvorteile ausgebaut und Standortnachteile, wie zu hohe Kosten, Marktregulierungen und Bürokratie, abgebaut werden. Wird eine solche Politik konsequent umgesetzt und die Stabilität des Geldwertes gewährleistet, dann werden Investitionen in Deutschland wieder kalkulierbarer und attraktiver. So besteht die Chance, strukturelle Verkrustungen des Arbeitsmarktes aufzubrechen und jenes **Wachstum** des BSP zu erzielen, das notwendig ist, um die Arbeitslosigkeit deutlich zu reduzieren und durch erhöhte Steuereinnahmen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen beitragen zu können.

Je mehr erwirtschaftet wird desto besser kann Bedürftigen geholfen werden und desto mehr Mittel stehen auch für **Zukunftsaufgaben**, wie für Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung sowie in Infrastruktur, zur Verfügung. Damit auch in zukünftigen Perioden möglichst viel Spielraum für die Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben besteht, darf Umverteilung weder bei den Betroffenen zu einer Verminderung der Leistungsbereitschaft führen noch darf sie durch Kredite finanziert werden und hierdurch zukünftige Generationen belasten. Erhard warnte zudem davor, das verfügbare Sozialprodukt durch Verteilungskämpfe zu vermindern, indem er betont, „wie ungleich sinnvoller es ist, alle einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden *Energien auf die Mehrung des Ertrages der Volkswirtschaft* zu richten als sich in *Kämpfen um die Distribution des Ertrages zu zermürben* und sich dadurch von dem allein fruchtbaren Weg der Steigerung des Sozialproduktes abdrängen zu lassen.“⁷⁰ Bei allen sozialpolitischen Maßnahmen sollte die Tatsache berücksichtigt werden, dass ein „Wohlstand für alle“ mittel- und längerfristig nicht durch den Staat gewährleistet werden kann, sondern nur durch die Leistung der Volkswirtschaft und letztlich durch die Leistung eines jeden Einzelnen.

70 Erhard, Ludwig: Wohlstand für Alle, 1957, S. 10

Literaturverzeichnis

Adenauer, Konrad: Erinnerungen. 1945-1953, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 3. Aufl., 1976.

Cassel, Dieter (Hrsg.): 50 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Ordnungstheoretische Grundlagen, Realisierungsprobleme und Zukunftsperspektiven einer wirtschaftspolitischen Konzeption, Stuttgart: Lucius & Lucius, 1998.

Erhard, Ludwig: Wohlstand für Alle, Düsseldorf: Econ-Verlag, 1957.

Hasse, Rolf H.; Schneider, Hermann; Weigelt, Klaus (Hrsg.): Lexikon Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik von A bis Z, Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2002.

Hayek, Friedrich August von: Der Weg zur Knechtschaft, Landsberg am Lech: Verlag Moderne Industrie, 4. Aufl., 1981.

Hax, Herbert: Wirtschaftspolitik als Ordnungspolitik – Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft, Online-Veröffentlichung, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Beijing, 2004.

Hohmann, Karl (Hrsg.): Ludwig Erhard. Gedanken aus fünf Jahrzehnten, Düsseldorf: Econ, 1988.

Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.): Kontinuität und Wandel in vier Jahrzehnten deutscher Wirtschaftspolitik. Beiträge zum Symposium der Ludwig-Erhard-Stiftung am 16. Januar 1986, Stuttgart/New York: Gustav Fischer Verlag, 1986.

Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.): Die deutsche Wirtschaftsordnung 50 Jahre nach dem Leitsatzgesetz. Beiträge zum 41. Symposium der Ludwig-Erhard-Stiftung, Krefeld: Sinus, 1999.

Müller-Armack, Alfred: Soziale Marktwirtschaft. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (HdSW), Bd. 9, Tübingen, 1956.

Müller-Armack, Alfred: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, München: Kastell Verlag, 1990.

Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Band 48: Soziale Marktwirtschaft. Anspruch und Wirklichkeit seit fünfzig Jahren, Stuttgart: Lucius & Lucius, 1997.

Reuter, Franz-Josef (Hrsg.): Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft: Grundsätze, Erfahrungen und neue Aufgaben, Brüsseler Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bonn: Köllen, 1999.

Röpke, Wilhelm: Jenseits von Angebot und Nachfrage, Erlenbach-Zürich, Stuttgart: Eugen Rentsch Verlag, 1958.

Schlecht, Otto: Ordnungspolitik für eine zukunftsfähige Marktwirtschaft : Erfahrungen, Orientierungen und Handlungsempfehlungen, Frankfurt a. M.: FAZ Verlagsbereich Buch, 2001.

Schlecht, Otto; Stoltenberg, Gerhard (Hrsg.): Soziale Marktwirtschaft. Grundlagen, Entwicklungslinien, Perspektiven, Freiburg/Basel/Wien: Herder, 2001.

Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Markt oder Plan: Wirtschaftsordnungen in Deutschland 1945-1961, Frankfurt/New York: Campus Verlag, 1997.

Stoltenberg, Gerhard: Wendepunkte. Stationen deutscher Politik 1947 bis 1990, Berlin: Siedler Verlag, 1997.

Watrin, Christian: Alfred Müller-Armack: Die Grundlagen seiner Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft. In: Schefold, B.; Schlecht, O.; Watrin, Chr. (Hrsg.): Alfred Müller-Armacks „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“, Vademecum zu einem Klassiker der Ordnungspolitik, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 1999.

Der Autor

Dr. Jürgen Löwe ist Privatdozent für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen und selbständiger Wirtschafts- und Politikberater in München.